

J. pract.

273

epb

J. pract.

273 epb

Schulze

Die Vollstreckbarkeit
der Schuldtitel für und gegen die Rechtsnachfolger.

I. Theil: **Die allgemeine Rechtsnachfolge.**

II. Theil: 1. Abschnitt. **Die Sondernachfolge auf der Gläubigerseite.**

Habilitationsschrift

welche zur

Erlangung der *venia legendi*

der juristischen Fakultät der Universität Breslau

vorgelegt wurde

und mit den beigefügten Thesen

am Donnerstag, den 2. Juli 1891, Mittags 12 Uhr,

öffentlich vertheidigt wird

von

Dr. jur. Alfred Schultze,

Gerichtsassessor.

Opponenten:

Georg Paul, Gerichtsassessor.

Dr. jur. Johannes Niedner, Referendar.

Richard Schilling, Referendar.

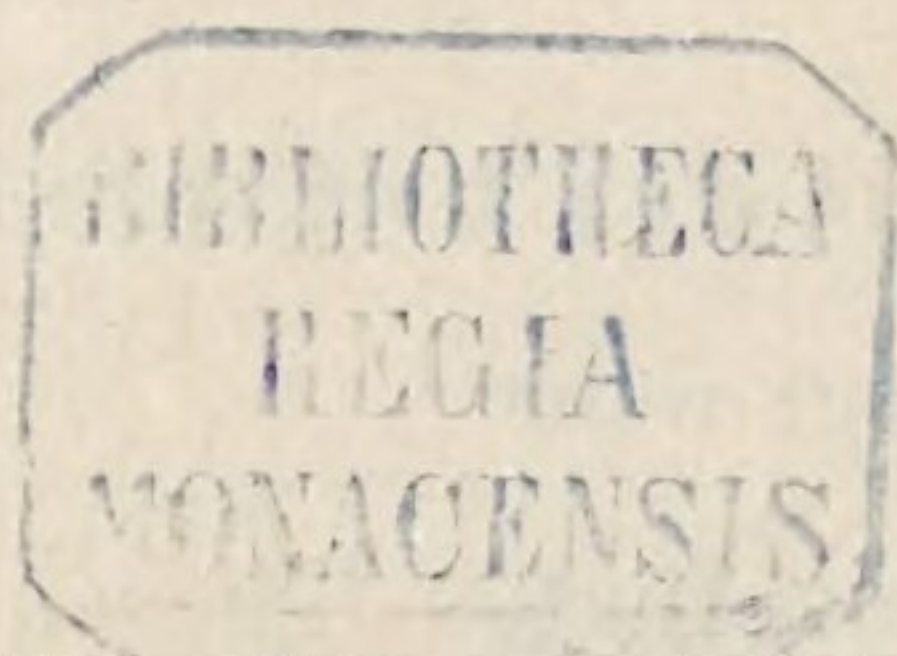
Bayerische
Staatsbibliothek
München

Breslau.

Wilhelm Koebner.

1891.

20 A



Die vollständige Abhandlung erscheint gleichzeitig in dem Verlage von
Wilhelm Koebner in Breslau.

Herrn Dr. Otto Fischer,
ordentlichem Professor der Rechte an der
Universität Breslau

in

Verehrung zugeeignet.

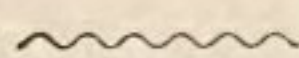
Herrn Dr. Otto Tischner

in München, Bayern

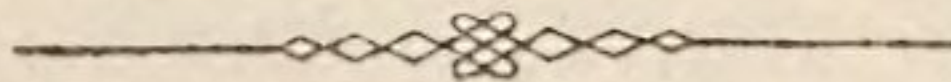
zu Diensten

Verlagsgesellschaft

Inhaltsübersicht.



	Seite
Einleitung.	
§ 1. Allgemeine Erörterungen. Der materielle Inhalt des § 665 C. P. O. Das Verhältniß desselben zu den Landesrechten und dem ausländischen Recht.	4
Erster Theil. Die allgemeine Rechtsnachfolge.	
§ 2. Erbfolge	16
§ 3. Ruhende Erbschaft. Lauf der Ueberlegungsfrist. Erbe oder sein Aufenthalt unbekannt.	24
Zweiter Theil. Die Sondernachfolge.	
Erster Abschnitt. Sondernachfolge auf der Gläubigerseite.	
§ 4. A. Vollstreckbare Endurtheile.	34
B. Andere vollstreckbare Titel. Die vollstreckbaren Urkunden	57



Isotrichia

1840

Isotrichia

Isotrichia, a genus of the family Isotrichiidae, is characterized by its

small size and its habit of living in the water.

It is found in the water of the tropics and subtropics.

The body is elongated and tapers towards the head.

The head is small and the eyes are large.

The antennae are long and the mouth is small.

The body is covered with small spines.

The legs are long and the feet are small.

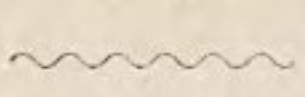
The wings are small and the flight is weak.

The life span is short and the reproduction is rapid.

The distribution is worldwide.

The genus Isotrichia is named in honor of the

Einleitung.



Die Zwangsvollstreckung als Theil der bürgerlichen Rechtspflege hat nach der Civilprozessordnung für das deutsche Reich ihre förmliche Grundlage in dem vollstreckbaren Titel. Unter den in demselben festgestellten Voraussetzungen, innerhalb der in ihm vorgezeichneten Grenzen, für und gegen die darin als Gläubiger und Schuldner namhaft gemachten Personen können mit Rechtsgültigkeit Vollstreckungshandlungen vorgenommen werden. Der Titel ist aber nur bestimmt, einer materiellen Forderung die Vollstreckbarkeit zu verleihen, welche ihr gebührt entweder auf Grund des vorangegangenen Prozessverfahrens wegen der dadurch gewonnenen Gewissheit bezw. Wahrscheinlichkeit¹⁾ ihrer Existenz — rechtskräftiges bezw. für vorläufig vollstreckbar erklärtes Urtheil — oder auf Grund des dahin zielenden, authentisch erkennbaren, übereinstimmenden Willens des materiell Berechtigten und des materiell Verpflichteten — vollstreckbare Urkunde im Sinne des § 702⁵ C. P. O. Nun kann sich der innere Zusammenhang, welcher den Schuldtitel bei seinem Entstehen mit der materiellen Forderung verbunden hat, in der Folge lösen. Es kann die Forderung rechtliche Schicksale durchmachen, die ihre Existenz oder derzeitige Gestalt beeinflussen, während der Titel — natürlich vorausgesetzt, dass er noch nicht durch erfolgreiche Durchführung der Zwangsvollstreckung seine Erledigung ge-

¹⁾ Darüber Kohler, Prozess als Rechtsverhältnis S. 112.

funden hat (vgl. § 677 C. P. O.), — sein förmliches Dasein in der alten Gestalt fortsetzt und immer noch für eine in die alten Bahnen einlenkende, dem materiellen Recht aber nunmehr widersprechende Zwangsvollstreckung die Grundlage abgibt.

Das Ereignis kann die Forderung aus der Welt schaffen, z. B.: der Schuldner zahlt freiwillig die Urtheilssumme. Es kann aber auch ein solches sein, welches die Forderung nur in subjektiver Beziehung verändert, sie von dem früheren Gläubiger auf einen anderen überträgt, ihr an Stelle des früheren Schuldners einen anderen unterwirft. Die Veränderungen dieser letzteren Art, die Fälle der Rechtsnachfolge auf der Gläubiger- und Schuldnerseite, sollen hier behandelt werden.

Der Kreis dieser Fälle hat in Ansehung der aus einem Prozessverfahren hervorgegangenen Titel eine besondere Erweiterung zu erfahren durch diejenigen Fälle, in welchen eine Sondernachfolge während der Anhängigkeit des Rechtsstreites, vor dem Entstehen des vollstreckbaren Titels eingetreten ist (§ 236 C. P. O.). Aus prozessualischen Zweckmässigkeitsgründen lässt hier das Gesetz die Sachlegitimation der ursprünglichen Parteien trotz der Nachfolge für den Rechtsstreit fortbestehen. Dieser wird ohne Unterbrechung unter den ursprünglichen Parteien zu Ende geführt, das Urtheil wird auf die Namen dieser Personen²⁾ (und nicht der Rechtsnachfolger) gestellt. Der für eine künftige Exekution massgebende Inhalt des vollstreckbaren Titels entspricht also, was die subjektiven Beziehungen anbetrifft, schon in dem Augenblick seines Entstehens nicht mehr der derzeitigen Beschaffenheit der materiellen Forderung.

Es ergibt sich mithin sowohl in den letzteren Fällen als in den Fällen der Succession nach Entstehung des vollstreck-

²⁾ Dies ist unbestritten. Streitig ist nur, ob in den Fällen der Sondernachfolge auf der Gläubigerseite auf Betreiben des Klägers oder des Beklagten der Klagantrag auf Leistung an den Cessionar zu richten und dementsprechend das Urtheil abzufassen ist. Vgl. unten § 4, N. 7.

baren Titels, dass die Forderung nunmehr einem anderen materiell zusteht, als demjenigen, welcher auf Grund des Titels formell berechtigt ist, zu ihrer Verwirklichung Vollstreckungshandlungen in eigenem Namen gültig vornehmen zu lassen, oder gegen einen anderen materiell sich richtet, als gegen denjenigen, welcher inhalts des Titels die Vollstreckungshandlungen über sich ergehen lassen muss. Dieser Gegensatz muss beseitigt werden. Es wäre dies dadurch zu erreichen, dass man den Titel oder die Rechtsnachfolge ganz zurücktreten lässt. Man könnte gegen den alten Titel eine Einwendungsklage des Schuldners im Sinne des § 686 C. P. O. zulassen und dem Rechtsnachfolger bzw. dem Gegner anheimstellen, durch einen neuen Prozess unter den nunmehr aktiv und passiv Legitimierten einen neuen, der veränderten materiellen Sachlage entsprechenden Vollstreckungstitel zu erwirken³⁾. Oder man könnte dem materiellen Vorgang der Rechtsnachfolge jeden Einfluss auf das zwischen den ursprünglichen Parteien durch den formellen Vollstreckungstitel begründete Verhältnis⁴⁾ versagen und dem Veräusserer und Erwerber überlassen, nach beendeter Exekution ihre Rechte auf Grund des Veräusserungsgeschäfts gegen einander geltend zu machen. Beide Wege widerstreben einem gesteigerten Verkehrsbedürfnis. Der erste würde eine den Verkehr hemmende Vervielfältigung der Prozesse zur Folge haben, der zweite die Succession in den fraglichen Fällen im Grossen und Ganzen illusorisch machen.

Nur eine Verbindung der formellen Veranstaltung des Titels mit dem privatrechtlichen Vorgang der Rechtsnachfolge kann eine befriedigende Lösung geben. Sie ist denn auch von Alters her, hier in geringerem, dort in stärkerem Masse,

³⁾ Eine solche Regelung drängt sich als unumgänglich auf in den Fällen des § 238 in Verbindung mit § 665 C. P. O.

⁴⁾ Aehnlich entweder dem römischen und gemeinrechtlichen Veräusserungsverbot hinsichtlich der res litigiosa oder der in § 236 C. P. O. in Beziehung auf das Prozessverfahren vorgeschriebenen Behandlung der Rechtsnachfolge.

angestrebt worden; es haben sich zu diesem Behufe materielle Sätze sowohl als Veranstaltungen formeller Art herausgebildet. Einestheils musste die Vollstreckbarkeit der im Schuldtitel festgestellten Forderung auf den Nachfolger des ursprünglichen Gläubigers bzw. Schuldners ausgedehnt werden. Dies erforderte, insoweit es sich um Urtheile handelt, da hier die Vollstreckbarkeit eine Aeusserung der Rechtskraft ist, eine Ausnahme von der Regel: „res iudicata ius facit inter partes“. Anderentheils mussten prozessualische Einrichtungen getroffen werden, welche eine Umgestaltung des vollstreckbaren Titels ermöglichen und dadurch für die lediglich an den Inhalt des letzteren gewiesenen Exekutivorgane die Legitimation zur Vollstreckung für und gegen den Nachfolger schaffen. Nur die in Deutschland geltenden Normen der ersteren Art, also die Normen über die Vollstreckbarkeit der Schuldtitel für und gegen die Rechtsnachfolger, darzulegen, soll die Aufgabe der gegenwärtigen Abhandlung sein.

§ 1.

Allgemeine Erörterungen. Der materielle Inhalt des § 665 C. P. O. Das Verhältniss desselben zu den Landesrechten und dem ausländischen Recht.

Die zu untersuchenden materiellen Normen gehören in das Grenzgebiet zwischen Privatrecht und Prozess, sie fallen unter die „privatrechtlichen Normen, welche Wirkungen prozessualischer Vorgänge regeln oder in anderer Weise das Dasein der Prozesseinrichtungen zur Voraussetzung haben“¹⁾. Daher kommt es, dass sie trotz ihrer materiellen Natur häufig in die Prozessordnungen aufgenommen worden sind²⁾. Dies trifft

¹⁾ Fischer, Recht und Rechtsschutz (Bekker u. Fischer, Beiträge zur Erläut. u. Beurtheil. des Entw. e. bürgerl. Gesb. f. d. d. R. Heft 6) S. 9.

²⁾ Vgl. z. B. Codex iudiciarius Bavaricus cap. XIV § 11; Preussische Allgemeine Gerichtsordnung Theil I, Tit. 24, §§ 5 ff.; Bayer. Prozess-

auch für die deutsche C. P. O. zu. Wenn diese nämlich in § 665 bestimmt:

„Eine vollstreckbare Ausfertigung kann für den Rechtsnachfolger des in dem Urtheile bezeichneten Gläubigers sowie gegen die allgemeinen Rechtsnachfolger des in dem Urtheile bezeichneten Schuldners und unter Berücksichtigung der §§ 236, 238 gegen denjenigen Rechtsnachfolger dieses Schuldners ertheilt werden, an welchen die in Streit befangene Sache während der Rechtshängigkeit oder nach Beendigung des Rechtsstreits veräußert ist, ...“

so giebt sie nicht nur eine prozessualische Vorschrift über die Ertheilung der Vollstreckungsklausel, sondern sie legt auch gleichzeitig den Kreis derjenigen Personen fest, welche als Dritte, beim Prozess nicht selbst betheiligt Gewesene³⁾, von der Vollstreckbarkeitswirkung des Urtheils zu ihren Gunsten oder Ungunsten ergriffen werden. Denn für oder gegen einen ausserhalb der Kategorieen des § 665 cit. stehenden Dritten kann eine vollstreckbare Ausfertigung nicht ertheilt, also auch in Gemässheit des § 671 a. a. O. nicht die Zwangsvollstreckung begonnen werden. Folglich kann von einer Vollstreckbarkeits-

ordnung von 1869, Art. 294. — Fischer a. a. O. S. 5—9 erklärt auch vom Standpunkt der Gesetzgebungstechnik aus die Ueberweisung des bezeichneten Grenzgebiets an das Prozessgesetz für empfehlenswerth. (Vgl. noch ebendas. S. 17, N. 2).

³⁾ Anderer Art ist die Vorschrift des letzten Satzes des § 73 C. P. O., welche die nach erfolgter Prozessübernahme durch den benannten Auktor ergangene Entscheidung auch für vollstreckbar gegen den (ursprünglichen) Beklagten erklärt. Denn hier ist der letztere im Prozesse als Partei betheiligt gewesen und, wenn auch später von der Klage entbunden, gleichwohl Prozesssubjekt geblieben. Vgl. Wetzell, System des ordentlichen Civilproz. § 7, N. 43 (3. Aufl. S. 57). Die Entscheidung betrifft den Klagantrag in der Gestalt, wie er in der Klage, also in der Richtung gegen den ursprünglichen Beklagten (Detentor), geltend gemacht worden; auch dieser muss von vorn herein im Urtheil so bezeichnet werden, dass er als Urtheilsschuldner sich darstellt und das Urtheil ohne Weiteres gegen ihn vollstreckt werden kann. Vorkehrungen nach Art der §§ 665 ff. C. P. O. sind also hier überflüssig und daher auch nicht vom Gesetz getroffen.

wirkung des Urtheils gegenüber einem solchen nicht die Rede sein. Mithin ist denjenigen partikularrechtlichen Vorschriften, welche dieser Wirkung einen Personenkreis unterstellt haben, der sich mit dem durch § 665 cit. gezogenen Kreise nicht deckt, sondern kleiner oder grösser ist, durch die C. P. O. derogirt.

Dies gilt aber nur für die Wirkung der Vollstreckbarkeit. Mit den übrigen Wirkungen der Urtheile, insbesondere mit derjenigen Wirkung des rechtskräftigen Urtheils, welche die materielle Entscheidung gegen erneute Erörterungen sicherstellt, befassen sich die §§ 665 ff. C. P. O. nicht. Der Eintritt dieser letzteren Wirkung ist nicht durch das Vorhandensein der in der C. P. O. für den Beginn der Zwangsvollstreckung aufgestellten Voraussetzungen bedingt. Der Kreis derjenigen Personen, welche in einem neuen Prozess sich auf die Autorität des früheren richterlichen Spruchs berufen können oder dieselbe gegen sich gelten lassen müssen, bestimmt sich nicht nach der reichsrechtlichen Vorschrift des § 665 cit., sondern nach den Landesrechten.

Diese für die Feststellung der Tragweite des § 665 massgebenden Sätze sollen näher begründet werden.

Zunächst kommen, abgesehen von der Stellung des § 665 in dem 8., von der Zwangsvollstreckung handelnden Buche der C. P. O., die in § 665, wie durchweg in dem ganzen bezeichneten Buche⁴⁾, gewählten Ausdrücke „Gläubiger“ und „Schuldner“ in Betracht. Dieselben deuten gegenüber den Ausdrücken „Kläger“ und „Beklagter“ auf eine zweifache Einschränkung hin. Einmal kann nur insoweit, als durch das Urtheil einem Anspruch stattgegeben⁵⁾, also nicht insoweit, als Abweisung erfolgt ist, zweitens kann nur insoweit, als das Urtheil auf eine Handlung, Duldung, Unterlassung⁶⁾, als es

⁴⁾ Der Ausdruck „Kläger“ in § 667 beruht auf einem Redaktionsversehen.

⁵⁾ Auch insoweit, als dem Anspruch auf Verurtheilung des Gegners in die Prozesskosten Folge gegeben ist.

⁶⁾ Zwar ist Fischer, Recht und Rechtsschutz S. 80 f. darin beizustimmen, dass Verurtheilung zu künftigem Unterlassen oder Dulden in

nicht bloß auf Feststellung eines Rechtsverhältnisses gerichtet ist, von einer Gläubigereigenschaft des früheren Klägers, von einer Schuldnerereigenschaft des früheren Beklagten die Rede sein. Nur dort, wo es mit der urtheilsmässigen Feststellung noch nicht genug geschehen ist, vielmehr auf Grund des Urtheils dem Sieger im Prozesse noch etwas zu fordern, dem Verurtheilten noch etwas zu thun übrig bleibt, tritt ein im Urtheil bezeichneter Gläubiger, ein im Urtheil bezeichneter Schuldner im Sinne des § 665 auf⁷⁾.

Ferner wird in § 665 nur von der Ertheilung einer „vollstreckbaren Ausfertigung“ gesprochen. Auch dadurch wird gekennzeichnet, dass die Bestimmung der Rechtsnachfolgerkategorien in dem citirten Paragraphen allein im Hinblick auf die Zwangsvollstreckung erfolgt ist.

Dies muss gegenüber einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 28. Juni 1886⁸⁾ noch besonders dargelegt werden. Nach dieser Entscheidung, welche das Vollstreckungsurtheil zu einem Schiedsspruche (§ 868 Abs. 1 C. P. O.) behandelt, bedeutet nämlich der Ausdruck „vollstreckbar“ nicht so viel, wie „vollstreckungsfähig“; er kennzeichne vielmehr nur das Urtheil als „gültig, rechtswirksam, unanfechtbar“. Vollstreckbare Ausfertigungen (§ 663 C. P. O.) würden nicht bloß da gegeben, wo Vollstreckungshandlungen vorzunehmen seien. Sowohl der ausländische Richterspruch als auch der Schiedsspruch erlange auch dann, wenn er zu Vollstreckungshandlungen

Wahrheit nur Feststellung der Pflicht zum Unterlassen oder Dulden ist und dass eine Vollstreckung erst im Falle eines Zuwiderhandelns gegen diese Pflicht erfolgen kann (§§ 775 Abs. 1 und 777 C. P. O.). Allein das Gesetz behandelt mit Rücksicht darauf, dass diese Vollstreckung ohne Nothwendigkeit eines neuen ordentlichen Prozessverfahrens (§ 776 a. a. O.) sich an jenes Urtheil anschliessen kann, das letztere selbst als ein vollstreckungsfähiges Urtheil. (Vgl. Ueberschrift des 3. Abschn. des 8. Buches der C. P. O. und den Ausdruck „Schuldner“ im Anfange der §§ 775 u. 777). Es fällt daher dasselbe auch unter das Anwendungsgebiet des § 665.

⁷⁾ Nur soweit reichte auch das Anwendungsgebiet der früheren *actio iudicati*. Vgl. Wetzell a. a. O. § 47, S. 573.

⁸⁾ VI. Senat. — Entsch. 16 Nr. 104, S. 420 ff.

keinen Anlass gebe, nur durch das „Vollstreckungsurtheil“ (§§ 660, 868 a. a. O.) die ganze Kraft eines inländischen, rechtskräftigen Urtheils. Ich kann mich diesen Ausführungen nicht anschliessen. Die Vollstreckbarkeit eines Urtheils stellt eine der Wirkungen und zwar die auf die Exekution gerichtete Wirkung der Rechtskraft des Urtheils dar, nicht aber diese Rechtskraft selbst, nicht die Gültigkeit, Rechtswirksamkeit, Unanfechtbarkeit des Erkenntnisses⁹⁾. Das Gesetz hebt mehrfach — so §§ 73 Abs. 4, 236 Abs. 3 — neben der „Wirksamkeit“ des Urtheils auch die „Vollstreckbarkeit“ besonders hervor. Damit sind nicht synonyme Ausdrücke neben einander gesetzt — das entspräche nicht der knappen Sprache unseres Gesetzes —, sondern es schliesst sich an die Wiedergabe des allgemeinen Begriffes die Bezeichnung der für den Rechtsuchenden erheblichsten Aeusserung desselben¹⁰⁾.

Das Reichsgericht erblickt einen vornehmlichen Beleg für seine Ansicht darin, dass nach § 648 auch Urtheile ohne Antrag für vorläufig vollstreckbar zu erklären sind, welche zu Vollstreckungshandlungen keinen Anlass bieten. Allein sicherlich ist ihnen dadurch nicht etwa eine vorläufige Gültigkeit, Rechtswirksamkeit (von einer vorläufigen Unanfechtbarkeit nicht erst zu sprechen) beigelegt. Es kann gewiss nicht ein solches Urtheil, z. B. Feststellungsurtheil, in einem anderen Rechtsstreit der Entscheidung materiell zu Grunde gelegt werden. Nicht die Rechtskraft, sondern lediglich die auf die Exekution gerichtete Aeusserung derselben wird durch die Erklärung der vorläufigen Vollstreckbarkeit anticipirt. Insoweit also diese Funktion sich nicht bethätigen kann, ist die Erklärung bedeutungslos. Die in § 648 unterschiedslos dem Richter gemachte Auflage hat aber den Vorzug, dass sie von der Prüfung, ob eine Exekution aus dem Urtheil möglich, entbindet;

⁹⁾ Vgl. Wach, Handbuch des deutschen Civilprozessrechts Bd. 1, S. 224, N. 14.

¹⁰⁾ Richtig: Motive z. Entw. e. bürgerl. Gesb. I S. 381 und Motive z. Entw. eines Einf.-Ges. dazu, zu Art. 11⁶⁶⁵ S. 94.

auch wird die Erklärung der vorläufigen Vollstreckbarkeit für die Festsetzung der Kosten immer wesentlich sein.

Hat hiernach schon diese letztere Erklärung nur Bedeutung in Hinsicht auf eine zu erwartende Exekution, so muss dies vollends gelten für alle diejenigen Veranstaltungen, welche ihren Grund haben in der Theilung der rechtsprechenden und der exekutiven Gewalt, welche die Brücke bilden zwischen dem Prozessgericht einer- und den Vollstreckungsbehörden andererseits. Lediglich von dieser Beschaffenheit sind aber die Veranstaltungen der vollstreckbaren Ausfertigung und des Vollstreckungsurtheils. Dafür spricht die Ausdrucksweise derjenigen Bestimmungen, durch welche diese Einrichtungen in das System der C. P. O. eingeführt werden, nämlich der §§ 662 Abs. 1, 660 Abs. 1, 868 Abs. 1 („die Zwangsvollstreckung erfolgt auf Grund der vollstreckbaren Ausfertigung“, „findet nur statt, wenn ihre Zulässigkeit durch ein Vollstreckungsurtheil ausgesprochen ist“)¹¹⁾. Für die vollstreckbare Ausfertigung wird ferner die fragliche Bedeutung, und zwar auch in Beziehung auf die hier in Rede stehenden Fälle der Rechtsnachfolge, ins richtige Licht gesetzt durch § 779 C. P. O. Danach soll im Falle der Verurtheilung zur Abgabe einer Willenserklärung diese Erklärung in dem Zeitpunkt des Eintrittes der Rechtskraft, also ohne dass es einer besonderen Vollstreckungshandlung bedarf¹²⁾, als abgegeben gelten, und es wird gerade deswegen von einer Anwendung der §§ 662, 663 und 665 Umgang genommen. Daher braucht z. B. derjenige, welcher während der Rechtshängigkeit Nachfolger des Klägers geworden, nicht erst eine auf seinen Namen

¹¹⁾ Dies wird ausdrücklich bestätigt durch die Motive zu §§ 610, 611 des Bundesrathsentw. (§§ 660, 661 d. Ges.), Satz 3 des ersten Abs. und zu §§ 612, 613 (§§ 662, 663 d. Ges.), erster Satz (S. 401 u. 403. Hahn, Materialien II, S. 431, 433).

¹²⁾ Man wird deswegen in Uebereinstimmung mit Fischer a. a. O. S. 17, N. 1 in § 779 cit. überhaupt keine Zwangsvollstreckungsvorschrift, sondern eine Bestimmung über die Wirkungen der Rechtskraft zu erblicken haben.

lautende vollstreckbare Ausfertigung sich ertheilen zu lassen, damit zu seinen Gunsten die Willenserklärung, zu deren Abgabe der Beklagte verurtheilt ist, wirken kann. Allerdings soll nach der vom Reichsgericht zur Unterstützung seiner Ansicht verwendeten Vorschrift des Satzes 2 des ersten Absatzes des § 779 die Willenserklärung dann, wenn sie im Urtheil von einer Gegenleistung abhängig gemacht ist, erst als abgegeben gelten, sobald nach den Bestimmungen der §§ 664, 666 eine vollstreckbare Ausfertigung des rechtskräftigen Urtheils ertheilt ist. Indessen diese aus der Reichstags-Justiz-Kommission hervorgegangene Zusatzbestimmung ist nicht zu dem Zwecke gegeben, damit in dem fraglichen Falle eine vollstreckbare Ausfertigung vorliege, welche als solche nunmehr ihre Funktion zu bethätigen habe¹³⁾, sondern um eine Sicherheit dafür zu schaffen, dass vor dem Eintritt der in Satz 1 festgestellten Wirkung ebendieselben Voraussetzungen erfüllt seien, an welche der § 664 die Ertheilung einer vollstreckbaren Ausfertigung in dem fraglichen Falle knüpft¹⁴⁾. Es wird durch die Anlehnung an die Einrichtung der vollstreckbaren Ausfertigung eine einfachere, kürzere Fassung erreicht¹⁵⁾. Für die Entwicklung des Begriffes der „Vollstreckbarkeit“ kann die Bestimmung nicht als Unterlage verwendet werden.

Nach alledem hat dieser letztere Begriff nur dort seinen Platz, wo es thatsächlich etwas zu vollstrecken giebt. Vollstreckbare Ausfertigung und Vollstreckungsurtheil erfüllen nur dort die ihnen eigenthümliche, anderweitig nicht zu ersetzende

¹³⁾ Es braucht denn auch, auf dass die beabsichtigte Wirkung eintrete, die sogenannte vollstreckbare Ausfertigung nicht zugestellt zu sein. Vgl. demgegenüber §§ 664, 671 Abs. 2 C. P. O.

¹⁴⁾ Vgl. Kohler im Arch. f. civ. P. 72 S. 29.

¹⁵⁾ Die ursprüngliche Fassung des Antrages Wolffson (Reichstags-Kommission), aus welchem Satz 2 des § 779 hervorgegangen, enthielt nichts von einer vollstreckbaren Ausfertigung, sondern liess die fragliche Wirkung eintreten, „wenn die Gegenleistung oder deren Sicherstellung dem Gerichte nachgewiesen ist“. (Kommissions-Protok. S. 418; Hahn S. 865.)

Funktion. Es bedarf also ihrer nicht, damit das Urtheil ausserhalb der Exekution seine materielle Wirksamkeit äussere. Insbesondere wirken ausländisches Urtheil und Schiedsspruch — entgegen der Ansicht des Reichsgerichts — ausserhalb der Exekution, wenn nur die objektiven Voraussetzungen ihrer Wirksamkeit gegeben sind, ohne Vollstreckungsurtheil¹⁶⁾. Ebenso kann der Rechtsnachfolger des im Urtheil bezeichneten Klägers oder Beklagten in einem neuen Prozesse sich auf die rechtskräftige Vorentscheidung berufen, wenn er seine Succession darthut; eine auf ihn lautende vollstreckbare Ausfertigung nach Massgabe des § 665 hat er nicht vorzuweisen nöthig.

Ist dies aber der Fall, so werden dadurch auch die an die Spitze dieser Untersuchung gestellten Behauptungen bewiesen, nämlich: § 665 C. P. O. bestimmt nur den Kreis derjenigen Personen, für und gegen welche eine Zwangsvollstreckung aus dem Urtheil stattfinden kann. Nur insoweit, nicht aber bezüglich der Frage, welche Personen durch die sonstige Wirksamkeit des Urtheils (insbesondere durch die *res iudicata*-Wirkung im Verhältnis zu einem zweiten Prozess) ergriffen werden, ist den Landesrechten die Geltung entzogen. Dies ist bei den folgenden Erörterungen, die sich

¹⁶⁾ So bezügl. des ausländischen Urtheils durchaus zutreffend: Kohler in Grünhut's Zeitschr. 14 S. 27, 36 u. in der Zeitschr. f. d. Civilproz. 10, S. 463 ff., insbes. 464 N. 23, 466; Wach, Handb. I, § 19, S. 224, ferner N. 18 u. 21 S. 225 u. 227; Förster-Eccius, Theorie u. Prax. I, § 11, Ziff. 8 (5. Aufl. S. 66). Vgl. bezügl. des Schiedsspruches: § 866 C. P. O. und dazu Petersen, Komm. Note I (2. Aufl. S. 1161). Für das Reichsgericht: A. Förster, Komm. zu § 660 N. 3 (II S. 362 f.) hinsichtlich des ausländischen Urtheils, anders zu § 866 N. 2 (II S. 710) hinsichtlich des Schiedsspruches.

Eine andere Frage ist es, ob die in § 661 C. P. O. gedachten Erfordernisse auch vorhanden sein müssen, damit man zum Zwecke der Rechtsverfolgung oder Rechtsvertheidigung auf das ausländische Urtheil sich wirksam berufen kann. Für die Bejahung mit Recht: Reichsger., Entsch. 8 S. 385 ff.; Wach a. a. O. S. 226 f.; Kohler a. a. O.; v. Wil-mowski-Levy, Komm. zu § 660 N. 2 (5. Aufl. S. 852 f.); Gaupp, Komm. zu § 661 N. III (III S. 160 f.); Förster-Eccius a. a. O. u. a.

allein mit der Vollstreckbarkeit befassen sollen, stets im Auge zu behalten. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, dass für die nähere Darlegung des materiellen Inhaltes des § 665 C. P. O. Schlussfolgerungen aus den landesrechtlichen Sätzen über die Wirksamkeit des Urtheils gänzlich ausgeschlossen sind. Im Gegentheil, da, wo diese Sätze eine eingehendere juristische Behandlung erfahren haben, als die Sätze über die Vollstreckbarkeit, werden solche Schlussfolgerungen nicht einmal entbehrt werden können¹⁷⁾. —

Wir haben uns bisher im Wesentlichen mit dem Urtheil, und zwar mit dem inländischen Urtheil, beschäftigt. Das ausländische Urtheil ist insofern berührt worden, als festgestellt worden ist, dass zwar zur Vollstreckbarkeit, nicht aber zur sonstigen, materiellen Wirksamkeit desselben ein Vollstreckungsurtheil erforderlich ist. Soll es nun für oder gegen Rechtsnachfolger im Inlande vollstreckt werden, so entsteht die Frage, ob auch in diesem Falle der materielle Inhalt des § 665 C. P. O. den Ausschlag giebt, d. h. ob, ungeachtet der Bestimmungen des betreffenden ausländischen Rechts, auf die in § 665 genannten Successoren-Klassen und nur auf diese die Vollstreckbarkeit des Urtheils im Inlande erstreckt werden kann. Diese Frage hängt eng mit der Frage zusammen, welches Gericht über die Voraussetzungen der Vollstreckbarkeit für und gegen den Rechtsnachfolger zu entscheiden hat. Einige Schriftsteller¹⁸⁾ wollen diese Entscheidung dem ausländischen Prozessgericht zuweisen, da nach den in den §§ 665, 667, 687 gegebenen Grundsätzen das Prozessgericht es sei, vor welches die Prüfung der Rechts-

¹⁷⁾ Bei Erlass des bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich muss zwischen den Sätzen über die Vollstreckbarkeit und denjenigen über die sonstige Wirksamkeit des Urtheils in subjektiver Beziehung vollständige Uebereinstimmung hergestellt werden. Vgl. § 192 d. Entw. u. Art. 11⁶⁶⁵ des Entw. eines Einf.-Ges. z. bürgerl. Gesb.

¹⁸⁾ So die Kommentare von Gaupp, § 661 N. I a. E. (III S. 156); Struckmann-Koch, § 661 Anm. 2; Petersen, § 661 Anm. II, 1 (S. 926).

nachfolge gehöre. Allein mit Unrecht. Denn das Vollstreckungsurtheil der §§ 660, 661 C. P. O. hat, wie oben bereits ausgeführt worden, die Bestimmung, für das ausländische Urtheil die Funktionen zu erfüllen, welche für das inländische die vom Gerichtsschreiber gemäss §§ 662, 663 zu gewährende vollstreckbare Ausfertigung erfüllt. Die C. P. O. hat in dem zum Erlass des Vollstreckungsurtheils berufenen, in § 660 Abs. 2 bezeichneten Gericht ein inländisches Organ geschaffen, das an Stelle des ausländischen Prozessgerichts¹⁹⁾ diejenigen Handlungen vorzunehmen hat, welche nach dem System unseres Gesetzes die Verbindung zwischen der rechtsprechenden und der exekutiven Gewalt bilden und für das Eingreifen der letzteren die formelle Grundlage herstellen sollen. In den Rahmen dieser Handlungen gehört die Umstellung der Vollstreckungsklausel auf den Rechtsnachfolger. Es fällt daher auch diese Umstellung in den Wirkungskreis des in § 660 Abs. 2 C. P. O. bestimmten, inländischen Gerichts; auch in dieser Beziehung tritt dasselbe an Stelle des ausländischen Prozessgerichts auf und kann selbst als Prozessgericht im Sinne der fraglichen §§ bezeichnet werden²⁰⁾. Damit entscheidet sich auch unsere Hauptfrage. Denn eben deshalb, weil nach unserem System die Prüfung, ob ein Urtheil für oder gegen den Rechtsnachfolger vollstreckbar, aus dem

¹⁹⁾ Erk. d. Reichsger. v. 24. V. 1886 bei Gruchot, Beiträge 30, S. 1168 am Anf

²⁰⁾ Mit Recht entscheidet daher das Reichsgericht (Erk. v. 7. IV. 1883, Entsch. 9 S. 368 ff.), dass das Rechtsnachfolgerverhältnis vom inländischen Richter und zwar, wenn es vor Erlass des Vollstreckungsurtheils eingetreten, in dem auf den Erlass des letzteren gerichteten Verfahren zu prüfen, das Vollstreckungsurtheil also sogleich von vorn herein — entsprechender Antrag natürlich vorausgesetzt — auf den Namen des Rechtsnachfolgers zu stellen ist. Nur muss dem daselbst (S. 375) gegen die Anwendung der §§ 665—667 vorgebrachten Bedenken das im Text Gesagte entgegengehalten werden. Vgl. vorzüglich Wach, Vorträge über die C. P. O. S. 231, ferner v. Wilmowski-Levy, zu § 661 N. 1 a. E. (S. 855 f.), A. Förster, zu § 661 N. 2 (II S. 367), Kohler in der Zeitschr. f. d. Civilproz. 12 S. 122, Hellmann, Lehrb. des Civilproz. S. 831.

Bereich der reinen Urtheilsfindung in den Bereich der nach Erlass des Urtheils zur Vorbereitung der Exekution erforderlichen gerichtlichen Thätigkeit versetzt ist, weil die Ausübung dieser Thätigkeit in allen Fällen den inländischen Gerichten übertragen ist und weil endlich für jene Prüfung, wie wir gesehen haben, in der C. P. O. materielle Normen unter Verdrängung der diesbezüglichen Bestimmungen des sonstigen bürgerlichen Rechts gegeben sind, so dürfen eben diese Normen auch nicht, wo es sich um ein ausländisches Urtheil handelt, unbeachtet bleiben. Es muss also die Untersuchung, ob einem solchen Urtheil für das Inland Vollstreckbarkeit zu Gunsten oder Ungunsten eines Rechtsnachfolgers zukommt, sich mit der Prüfung decken, ob der letztere zu den in § 665 C. P. O. bezeichneten Rechtsnachfolgerklassen gezählt werden kann oder nicht. Werden dagegen vor dem inländischen Richter aus einem ausländischen Urtheil andere Rechte geltend gemacht, handelt es sich insbesondere um nochmalige Erörterung der in einem solchen Urtheil rechtskräftig entschiedenen Sache, so muss den oben ausgeführten Sätzen entsprechend — vorausgesetzt natürlich, dass die in § 661 C. P. O. gesetzten Vorbedingungen erfüllt sind²¹⁾, — die Wirksamkeit des Urtheils ganz und gar, also ohne Rücksicht auf § 665 C. P. O., nach ausländischem Recht bemessen werden.

Den gleichen Grundsätzen, wie das Urtheil, unterliegt, was die hier behandelte Materie anlangt, der Schiedsspruch. § 866 C. P. O. sagt ausdrücklich: „Der Schiedsspruch hat unter den Parteien die Wirkung eines rechtskräftigen gerichtlichen Urtheils.“ Wenn es heisst: „unter den Parteien“, so sind damit nicht etwa die Rechtsnachfolger derselben dem Bereich der Rechtskraft entzogen, sondern nur die beim gerichtlichen Urtheil vorkommenden Ausnahmefälle²²⁾ einer

²¹⁾ Vgl. oben N. 16.

²²⁾ Vgl. z. B. für das gemeine Recht: Dernburg, Pand. I § 164 b—d S. 373 f.; Windscheid, Pand. I § 132 (5. Aufl. S. 403 f.). Für das

auch andere Dritte treffenden Rechtskraft ausgeschlossen. Während also im Allgemeinen die Wirksamkeit des Schiedsspruchs für oder gegen den Rechtsnachfolger sich nach den Vorschriften des betreffenden, inländischen oder ausländischen, bürgerlichen Rechts zu bestimmen hat, ist für seine Vollstreckbarkeit in besagter Richtung zunächst der materielle Inhalt des § 665 C. P. O. entscheidend. Dies ergibt sich daraus, dass aus dem Schiedsspruch gemäss § 868 a. a. O., ganz ebenso wie aus dem ausländischen Urtheil, nur auf Grund eines Vollstreckungsurtheils, als eines Ersatzes für die Vollstreckungsklausel, die Exekution stattfinden kann, dass dadurch also auch hier eine besondere, dem ordentlichen Gericht obliegende, den Vorschriften der §§ 662 ff. a. a. O. folgende Thätigkeit zur Vorbereitung der Exekution angeordnet ist.

Die in dem § 702 C. P. O. bezeichneten Schuldtitel, ebenso die durch die Feststellungen und Zwangsvergleiche in Konkursen geschaffenen vollstreckbaren Titel (§§ 152, 179, 192 K. O.) entnehmen ihre Vollstreckbarkeit für und gegen Rechtsnachfolger aus dem Recht der C. P. O.; denn die „entsprechende“ Anwendung des § 665 cit. ist für jene Titel ausdrücklich reichsrechtlich vorgeschrieben (C. P. O. § 703; K. O. a. a. O.)²³⁾. Ihre sonstige materielle Wirksamkeit in subjektiver Beziehung, insoweit eine solche Wirksamkeit nach der Natur dieser Titel möglich, richtet sich dagegen nach dem bürgerlichen Recht.

preussische Recht: Dernburg, Preuss. Privatr. I, § 138, Ziff. 2 ff. (4. Aufl. S. 329—332).

²³⁾ Landesrechtlich ist dieselbe vorgeschrieben für die in Preussen vor den Schiedsmännern abgeschlossenen Vergleiche. §§ 32, 47 der preuss. Schiedsmannsordnung v. 29. III. 1879, cf. § 706 C. P. O. Vgl. ferner § 10 Abs. 7 und § 12 des preuss. Ausf.-Ges. z. C. P. O. (v. 24. III. 1879) und § 129 des preuss. Ges. betr. die Zwangsvollstr. in das unbew. Verm. v. 13. VII. 1883. (Zwangsvollstreckung wegen rückständig gebliebener und überwiesener Kaufgelder auf Grund vollstreckbarer Ausfertigung des Zuschlagsurtheils.)

Erster Theil.

Die allgemeine Rechtsnachfolge.

§ 2.

Erbfolge.

Die Rechtskraft des für oder wider den Erblasser gesprochenen Civilurtheils ergreift auch den Erben; soweit es vollstreckbar ist, kann der Erbe daraus vollstrecken oder muss der Erbe sich die Vollstreckung daraus gefallen lassen. Dies ist als etwas Selbstverständliches seit alter Zeit anerkannt. So sagt die l. 6, § 3 D. de re iudicata 42, 1: „Iudicati actio perpetua est et rei persecutionem continet: item heredi et in heredem competit“¹⁾. Der gleiche Satz wurde auf das sich später entwickelnde, zweite Rechtsmittel zur Herbeiführung der Vollstreckung, auf das einfache Exekutionsgesuch (imploratio officii iudicis)²⁾, angewendet, wie in den Schriften der italienischen Doktrin und Praxis des Mittelalters an unzähligen Stellen meist unter Heranziehung jener l. 6, § 3 D. cit. und unter der weiteren Begründung „quia heres fingitur eadem persona cum defuncto“ bezeugt wird³⁾. Allerdings finden wir noch in den dem Anfang des 16. Jahr-

¹⁾ Vgl. auch l. 29 ibid.

²⁾ Darüber Wetzell a. a. O. § 47 N. 116, 117, S. 599 f.

³⁾ S. z. B. Practica des Joannes Petrus de Ferrariis (um 1400), Forma executionis sententiae diffinitivae, vers. „Sapiens et egregius“, num 26 (Ed. Coloniae 1590 p. 234).

hundreds angehörigen, französischen Coutumes das Rechtsprüchwort vertreten: „le mort exécute le vif et non econtra“⁴⁾. Einige dieser Coutumes verlangen in Befolgung dieses Sprüchwortes, dass der Gläubiger, welcher die Vollstreckbarkeit seiner Forderung durch obligation (exekutorische Urkunde) ou condemnation dem Schuldner gegenüber erwirkt hat, erst die Verurtheilung des Erben des Schuldners „par action“⁵⁾ erstreiten müsse, ehe er diesen letzteren im Wege der Vollstreckung angreifen dürfe. Allein dies bedeutet nicht, dass der Erbe ausserhalb des Bereiches der Vollstreckbarkeitswirkung der seinen Erblasser betreffenden „obligation ou condemnation“ gestellt gewesen. Der neue Rechtsstreit war nicht dazu bestimmt, dass der Erbe in demselben die Sache von Grund aus, d. h. so, als ob jener exekutorische Titel nicht bestanden, zur Erörterung ziehen konnte. Er sollte vielmehr nur ein Mittel sein, der Vollstreckbarkeit des Titels gegen den Erben eine sich nach aussen dokumentirende Form zu geben: „que l’obligation, condemnation fust contre l’heritier du defunct déclarée exécutoire par sentence“⁶⁾. Jenes Rechtssprüchwort sollte also nur zum Ausdruck bringen, dass die Art des Verfahrens, in welcher die Vollstreckbarkeit für den Erben des Gläubigers formell verwirklicht wurde, verschieden war von derjenigen, in welcher die Vollstreckbarkeit gegen den Erben des Schuldners ihre formelle Grundlage erhielt. Die

⁴⁾ So wörtlich die ancienne coutume d’Orléans (1509) art. 349 u. d. cout. de Clermont (1571) chap. 18. art. 7. (Bourdot de Richebourg, Nouveau coutumier général T. III p. 757; T. II p. 885). Vgl. darüber Briegleb, Ueber exek. Urkunden u. Exekutivprozess Theil I Kap. V § 5 S. 306 fg. u. die Nachweisungen von Kohler in der Zeitschrift der Savigny-Stiftg. für Rechtsgesch. Bd. 8 german. Abthlg. S. 130 fg.

⁵⁾ z. B. anc. cout. de Meleun (1506) art. 19, Blois (1523) art. 252 (Bourdot a. a. O. T. III p. 415 u. 1066).

⁶⁾ So cout. de Nivernois (1534) ch. 32 a. 2 (Bourdot T. III p. 1154), de Clermont l. c., ähnlich zahlreiche andere Coutumes und ebenso art. 71 der ordonnance v. Franz. I v. 6. IX. 1539 (Isambert, Decrusy etc., Recueil général des anciennes lois françaises Tome XII p. 614). Vgl. über die Bedeutung der action: Briegleb a. a. O.

Vollstreckbarkeit selbst ging passiv ebenso, wie aktiv, auf den Erben über. Nicht anders wurde in Deutschland dieser Uebergang betrachtet. „*Expediti iuris est*“, sagt Carpzov⁷⁾, „*contra heredem debitoris fieri posse executionem*“. Auch für das Recht der C. P. O. ist die gleiche Auffassung in § 665 deutlich zum Ausdruck gekommen. Näherer Erörterung bedürfen indess noch mehrere Einzelheiten, die dabei in Betracht kommen.

1. Wann muss der Tod der Partei eingetreten sein, damit die Vollstreckbarkeit den Erben erreicht? Hierbei kann es überhaupt nicht auf die Beendigung des Rechtsstreites, sondern zunächst nur auf den Eintritt der Vollstreckbarkeit ankommen. Denn, wenn im Augenblick des Ablebens der Partei auch nur ein für vorläufig vollstreckbar erklärtes, noch nicht rechtskräftig gewordenes Erkenntnis vorliegt, steht der Uebertragung der vorläufigen Vollstreckbarkeit auf den Erben nichts im Wege. Durch die Unterbrechung des Rechtsstreites (§ 217 C. P. O.), durch das Aufhören des Laufes der Rechtsmittelfrist (§ 226 Abs. 1, ebenda) wird die vorläufige Vollstreckbarkeit nicht berührt. Sie kann nach wie vor lediglich auf die in § 655 vorgesehene Weise ausser Kraft gesetzt werden.

Allein auch der Eintritt der Vollstreckbarkeit ist nicht entscheidend. § 665 ist zweifellos anwendbar, wenn das Urtheil noch bei Lebzeiten der Partei, also auf deren Namen, erlassen⁸⁾, aber erst nach ihrem Tode durch Ablauf der Rechtsmittelfrist⁹⁾ vollstreckbar geworden ist. Hier muss

⁷⁾ Jurisprud. forens. saxon. P. I c. 32, d. 24.

⁸⁾ Hierbei ist § 226 Abs. 3 zu beachten.

⁹⁾ mag zunächst eine Unterbrechung oder Aussetzung des Verfahrens gemäss §§ 217, 223 Abs. 1 a. E. stattgefunden haben und daher die Rechtsmittelfrist erst nach Aufnahme des Verfahrens durch den Erben gemäss § 226 Abs. 1 von neuem in Gang gesetzt worden sein oder mag die verstorbene Partei im Rechtsstreit durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten gewesen, die Aussetzung des Verfahrens, weil von den Be-

selbst die strengste Wortauslegung den Erben als Rechtsnachfolger „des in dem Urtheile bezeichneten“ Gläubigers bzw. Schuldners im Sinne des § 665 auffassen.

Man darf noch weiter gehen. In dem Falle des § 223 C. P. O. — Vertretung durch einen Prozessbevollmächtigten (vgl. Note 9) — kann ein gültiges Urtheil auf den Namen der verstorbenen Partei erlassen werden, obwohl deren Ableben schon vorher eingetreten ist. Auch hier muss § 665 Platz greifen. Denn es ist durch nichts innerlich gerechtfertigt, den Zeitraum zwischen Klagerhebung und Eintritt der Vollstreckbarkeit des Urtheils in zwei, durch den Erlass des Urtheils getrennte Abschnitte derart zu zerreißen, dass die Vollstreckbarkeit auf den Erben nur wirkt, wenn die Partei im zweiten Abschnitt verstorben ist. Hat man vielmehr einmal die in dem Eintritt der Vollstreckbarkeit liegende Grenze rückwärts überschreiten müssen, so ist man auch zu einem weiteren Zurückgehen, von dem Zeitpunkt des Urtheilserlasses bis auf denjenigen der Klagerhebung, berechtigt, sofern nicht der Wortlaut des Gesetzes geradezu unüberwindlich im Wege steht. Letzteres ist aber, obwohl es von einigen Kommentatoren¹⁰⁾ behauptet wird, keineswegs der Fall. § 665 spricht von den „allgemeinen Rechtsnachfolgern des in dem Urtheile bezeichneten Schuldners und demjenigen Rechtsnachfolger dieses Schuldners, an welchen die in Streit befangene Sache während der Rechtshängigkeit veräußert ist“. Damit führt er auch einen vor Erlass des Urtheils in die Successorstellung Eingetretenen als Rechtsnachfolger des „in dem Urtheil bezeichneten“ („dieses“) Schuldners auf. Folglich muss die in demselben Paragraphen für die Gläubigerseite angewendete, gleiche Sprachwendung auch die gleiche Auslegung vertragen; die

theiligten nicht beantragt, unterblieben (§ 223 Abs. 1) und daher die Rechtsmittelfrist gar nicht in ihrem Laufe gehemmt worden sein.

¹⁰⁾ Gaupp, zu § 665 N. I (III S. 167); Petersen, zu § 665 N. 2 (S. 935); Struckmann-Koch, zu § 665 N. 2.

etwa möglichen, grammatischen Bedenken können unter solchen Umständen nicht berücksichtigt werden¹¹⁾).

Nach alledem ergibt sich: Die Vollstreckbarkeit wird im Falle des Todes des Gläubigers oder Schuldners auf seinen Erben der Regel nach nur dann erstreckt, wenn der Tod nach Erlass des Urtheils eingetreten ist, ausnahmsweise, nämlich bei Fortführung des Prozesses ohne Aussetzung, schon dann, wenn die Partei überhaupt nur nach der Erhebung der Klage verstorben ist.

2. Die Vollstreckbarkeit geht aktiv oder passiv auf die Erben in der Art über, in welcher die materielle Berechtigung oder Verpflichtung auf die Erben übergeht. Die C. P. O. hat in dieser Beziehung keine besonderen Normen aufgestellt, vielmehr den bürgerlichen Rechten den freien Spielraum belassen. Da hier nur der materielle Inhalt des § 665 C. P. O. in seinen charakteristischen Merkmalen zur Darstellung gelangen soll, so können die einschlägigen, in den verschiedenen Rechtsgebieten verschieden beantworteten Fragen, namentlich nach den Erfordernissen der Erbfolge, der Art und Weise, wie der Uebergang der Nachlassforderungen und -schulden sich vollzieht, dem Verhältnisse, in welchem mehrere Miterben zu den Gläubigern und Schuldnern der Erbschaft stehen, unerörtert bleiben. Nur das muss betont werden, dass die auf den Erben übergeleitete materielle Berechtigung oder Verpflichtung lediglich in demjenigen Umfange, welchen sie kraft der Rechtsnachfolge, der Erbfolge hat, der Vollstreckbarkeit zugänglich ist und dass deshalb, wo darüber hinaus in Folge des Hinzutrittes anderer Momente die Berechtigung oder Verpflichtung einen breiteren Umfang annimmt, die Vollstreckbarkeit damit nicht gleichen Schritt hält. Ein Beispiel wird dies klarstellen.

¹¹⁾ So: v. Wilmowski-Levy, zu § 665 N. 1 (S. 863); Seuffert das. N. 2 u. 3 (5. Aufl. S. 795 f.); A. Förster, das. N. 2 A (II S. 377) u. zu § 223 N. 4 (I S. 369); Kohler in der Zeitschr. f. d. Civilproz. 12, S. 112, N. 24. Aehnlich bei der Singularsuccession auf der Gläubigerseite. Vgl. unten § 4 A S. 36 f.

Nach preussischem Recht sind die Miterben zu den die Erbschaft betreffenden Schulden und Lasten gegen die Erbschaftsgläubiger gemeinschaftlich (d. h. mit den ihnen zusammen gehörigen Nachlassobjekten, nicht solidarisch) verpflichtet; haben sie dagegen vor Erfüllung ihrer gemeinschaftlichen Verbindlichkeiten in den Nachlass sich getheilt, so können sie nunmehr nach Wahl des Erbschaftsgläubigers entweder insgesamt oder ein jeder nach Verhältnis seines Erbtheils oder ein einzelner für das Ganze in Anspruch genommen werden. (§§ 127, 131, I. 17 Allg. Landrecht). Ist nun eine Schuld des Erblassers zu dessen Lebzeiten in vollstreckbarer Weise festgestellt worden und handelt es sich jetzt um Gewährung der Vollstreckungsklausel gegen die Miterben, so kann diese Klausel, mag auch der Nachlass bereits getheilt sein, doch nur gegen alle Miterben und im Sinne einer „gemeinschaftlichen“ Haftung derselben — d. h., wenn ungetheilte Nachlassgegenstände überhaupt nicht mehr vorhanden sind, in Bezug auf welche die Miterben gemeinschaftlich im Exekutionswege angegriffen werden könnten, ohne Aussicht auf praktischen Erfolg — ertheilt werden. Eine Ertheilung im Sinne einer solidarischen Haftung der Miterben oder eines derselben geht nicht an¹²⁾. Denn die Ursache dieser vermehrten Haftung ist nicht die Thatsache der Erbfolge allein, sondern neben ihr die Thatsache der geschehenen Nachlass-theilung, und für die Geltendmachung dieser letzteren bietet § 665¹³⁾ keinen Raum. Der gegen den Erblasser lautende Titel ist also gegen die Miterben nicht im Umfange des § 131 I. 17 A. L. R. vollstreckbar, und es bleibt dem Nachlassgläubiger nichts anderes übrig, als diese Art der Haftung in besonderem Prozesse gegen die Miterben zur vollstreckbaren Feststellung zu bringen, wobei freilich das frühere Urtheil,

¹²⁾ Vgl. Boas bei Gruchot 30 S. 266 f. und A. Förster zu § 665 N. 2 B (II S. 378).

¹³⁾ Vgl. den Satz: „sofern die Rechtsnachfolge . . . offenkundig ist“ u. s. w.

wenn es rechtskräftig geworden ist, die unumstössliche Grundlage der Klage bildet.

3. Die Normen der C. P. O. über die prozessualische Durchführung des *beneficium inventarii* (§§ 695, 696) lassen erkennen, dass diese Rechtswohlthat den Schuldtitel, selbst wenn sie darin Ausdruck gefunden, in seiner Vollstreckbarkeit ohne Weiteres nicht beschränkt. Die Vollstreckbarkeit erfasst den Erben des Schuldners ganz, mit allen seinen Vermögensstücken. Erst nach dem Beginn des ersten Exekutionsaktes kommt dem Erben ein Abwehrrecht zu, nämlich die Befugnis, die Vollstreckung in die durch das *beneficium inventarii* bestimmten, engeren Bahnen zurückzuleiten¹⁴⁾. Aus dieser Art der Regelung folgt, dass der Gläubiger, ohne sich um das *beneficium* des Erben zu kümmern, gegen denselben in Gemässheit des § 665 die Vollstreckungsklausel sich ertheilen lassen kann¹⁵⁾. Es folgt aber auch weiter, dass der Erbe nicht auf Grund der Rechtswohlthat die in den §§ 668, 687 C. P. O. vorgezeichneten Wege behufs Herbeiführung einer Beschränkung der Klausel beschreiten und dadurch den Beginn der Vollstreckung hinhalten darf. Dass er der Rechtswohlthat deswegen nicht verlustig geht, weil dieselbe in der gemäss § 665 ertheilten Klausel unerwähnt geblieben, erhellt aus dem Gesetze selbst: Die Präklusionsvorschrift des § 695 trifft nur den „als Erben des Schuldners verurtheilten Beklagten“, § 696 räumt dem „Erben des verurtheilten Schuldners“ das Recht zur Geltendmachung der Rechtswohlthat nach Beginn der Vollstreckung unbeschränkt ein.

4. Wenn der Schuldtitel im Verlaufe des Erbanges wegen einer Forderung oder Schuld des Verstorbenen für oder gegen den derzeitig als Erben Legitimierten erwirkt wird und dieser später seine Erbeneigenschaft verliert, sei es, dass die Erbeinsetzung nachträglich unwirksam wird, sodass nunmehr der

¹⁴⁾ Vgl. Kohler, Prozess als Rechtsverhältnis S. 117 f.

¹⁵⁾ Allerdings ist es ihm unverwehrt, sich selbst die Beschränkung aufzuerlegen. Seinem Antrag, die Klausel nur gegen den Erben „als Benefizialerben“ auszufertigen, muss stattgegeben werden.

Vulgarsubstitut (Ersatzerbe) oder kraft ihres Akkrescenzrechtes die Miterben eintreten¹⁶⁾, sei es dass die Bedingung, unter welcher der zuerst Eingesetzte die Erbschaft einem anderen, dem fideicommissarisch Substituirt (Nacherben) zu überliefern hat, sich erfüllt und letzterer in die Erbenstellung des ersteren einrückt, so fragt sich: Erstreckt sich die Vollstreckbarkeit des gegenüber dem erstlegitimirten Erben erwirkten Schuldtitels auch auf den zweitlegitimirten? Die Frage ist angesichts des § 665 C. P. O., der, wie wiederholt werden muss¹⁷⁾, die Fälle der subjektiv erweiterten Vollstreckbarkeit in absolut erschöpfender Weise bestimmt, zu verneinen. Denn der Ersatzerbe bzw. Nacherbe leitet seine Rechte und Pflichten nicht von dem Vorerben, sondern von dem Erblasser ab¹⁸⁾, und dieser ist zwar seinerzeit Subjekt der im vollstreckbaren Schuldtitel zum Ausdruck gekommenen materiellen Berechtigung oder Verpflichtung, niemals aber Subjekt des Titels selbst gewesen. Wenn daher das Privatrecht den Ersatz- bzw. Nacherben mit Rücksicht auf sein und des Prozessgegners Interesse, die Feststellung der mit der Erbschaft verbundenen Verhältnisse nicht wieder ins Wanken gebracht zu sehen, unter den Bereich der Wirksamkeit eines gegenüber dem Vorerben erlassenen Urtheils stellt¹⁹⁾, so mag jener dieses Urtheil als unantastbare Grundlage für eine neue, von ihm erhobene Klage benutzen dürfen und ebenso in einem neuen, vom Gegner angestregten Rechtsstreite gegen

¹⁶⁾ So in dem Falle der l. 44 D. de re iudic. 42, 1: Die unmündige Tochter wird Erbin ihres Vaters und Gewalthabers; von einem Nachlassgläubiger wird gegen dieselbe tutore auctore ein Prozess angestrengt und eine Verurtheilung erzielt; nachher macht der Vormund in ihrem Namen von dem ius abstinendi Gebrauch, und die bona defuncti gelangen an den Substituten oder die coheredes. Vgl. hierzu Dernburg, Pand. III, § 163, N. 8, S. 327.

¹⁷⁾ Vgl. oben § 1, S. 5 f.

¹⁸⁾ Unrichtig daher das Citat der l. 44 cit. bei Wetzell § 47, N. 111 (S. 599).

¹⁹⁾ l. 44 D. cit.; Dernburg, Preuss. Pr. III, § 158, N. 11 (3 A. S. 456). Vgl. § 1830 Entw. e. bürgerl. Gesb., Motive dazu V S. 119 und Motive z. Entw. e. Einf.-Ges. dazu, zu Art. 11⁶⁶⁵ S. 94.

sich gelten lassen müssen. Vollstreckbar aber ist das Urtheil für oder gegen ihn jedenfalls nicht²⁰⁾.

§ 3.

Ruhende Erbschaft. Lauf der Ueberlegungsfrist. Erbe oder sein Aufenthalt unbekannt.

Im Weiteren entsteht die Frage, wie es um die Vollstreckbarkeit der auf den Erblasser lautenden Titel steht, so lange die Erbschaft noch nicht endgültig einem bestimmten Erben erworben ist. Muss insbesondere, wenn der Erblasser im Titel als Schuldner auftritt, der Gläubiger, welcher einen zu seiner Befriedigung ausreichenden Nachlass vor sich sieht, wegen des Mangels einer Person, gegen welche die Zwangsvollstreckung zu richten ist, sich einen Aufschub der Vollstreckung gefallen lassen?

Ein geschichtlicher Rückblick lehrt, dass im gemeinen Recht und schärfer noch im französischen und im preussischen Recht zwischen zwei Arten von Fällen unterschieden wurde, nämlich zwischen denjenigen, in welchen die zur Erbschaft Berufenen bekannt sind und sich nur über Antritt bzw. Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft noch schlüssig machen müssen, und denjenigen, in welchen die Personen der Erben bzw. Präsumptiverben überhaupt nicht feststehen oder, wenn dies auch zutrifft, doch ihr Aufenthalt unbekannt ist, sodass man sich von vorn herein auf eine längere und nicht absehbare Dauer der Ungewissheit gefasst halten muss.

Für die ersteren Fälle ist das Ergebnis in allen drei Rechtsgebieten ein rein negatives. Die italienische Doktrin des Mittelalters entwickelte den Satz:

Hereditas iacens non patitur secundum decretum, i. e. executionem,

²⁰⁾ In demselben Sinne: Motive z. Entw. e. bürgerl. Gesb. a. a. O.

und begründete denselben damit:

„nam licet fungatur loco personae, fungitur loco personae defuncti, non heredis futuri. Defunctus autem nec citari nec latitare nec decretum pati potest¹⁾.“

Dieser Satz ist in Deutschland recipirt. Wir finden ihn ausführlich dargestellt und als geltendes Recht belegt bei Matthias Colerus²⁾ in seiner, sowohl das gemeine und Sachsen-Recht als auch die Praxis des Reichskammergerichts berücksichtigenden Schrift „de processibus executivis“ (Pars II cap. 3 num. 387—422)³⁾. Das französische Recht steht, was die Frage des Erbschaftserwerbs anlangt, mit dem gemeinen Recht nicht auf gleicher Stufe. Für den gesetzlichen Erben und den Universallegatar gilt hier der Grundsatz: „Der Todte erbt den Lebenden“, der Nachlass fällt im Augenblick des Todes des Erblassers dem Erben an⁴⁾. Eine hereditas iacens im römischen Sinne giebt es daher nicht, und folglich ist auch der für den Ausschluss der Exekution im gemeinen Recht bestimmend gewesene Grund (Fehlen einer Person, die citirt werden könnte) hier nicht stichhaltig. Gleichwohl macht sich der Einfluss der italienischen Doktrin bei den dem Ende des 15. und der ersten Hälfte des 16. Jahrhundert angehörigen Schriftstellern Nicolaus Boërius (Bordeaux)⁵⁾, de Chasseneux (Burgund)⁶⁾ und Rébuffle (Montpellier)⁷⁾ insofern bemerkbar, als dieselben übereinstimmend den voll-

¹⁾ So Baldus de Ubaldis, ad rubr. de successorio edicto, C. 6, 16, num. 4 (Ed. Lugdun. 1585, Cod. pars III, fol. 47 v).

²⁾ Lebte 1530—1587 und war Professor zu Leipzig und Jena.

³⁾ Ed. Colon. 1686.

⁴⁾ art. 724, 1006 Code civil.

⁵⁾ Decisiones Burdegalenses, dec. 10 n. 3 (Ed. 1620 p. 13).

⁶⁾ Consuetudines ducatus Burgundiae fereque totius Galliae, rubr. VII § 13 text: par bénéfice d'inventaire n. 12 (Ed. Francof. a./M. 1590, p. 1051).

⁷⁾ Commentaria in constitutiones seu ordinationes regias: tract. de literis obligatoriis, zu art. 3 (66 der ordonn. Franz I v. 1539) gl. 2 n. 21 (Ed. Lugd. 1599 p. 70).

streckbaren Instrumenten die Exekutionsfähigkeit gegen die Erben des Obligirten bzw. Verurtheilten *infra tempus conficiendi inventarium* absprechen, d. h. innerhalb einer Zeit, welche nach französischem Recht der Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft, also der Beendigung des fraglichen Schwebezustandes, vorausgeht⁸⁾. Der Code civil ist dieser Rechtsentwicklung gefolgt, indem er in art. 797 verordnet, dass während der Inventarisationsfrist und der darauf folgenden Deliberationsfrist (vgl. art. 795) „l'héritier ne peut être contraint à prendre qualité et il ne peut être obtenu contre lui de condamnation“, und in art. 798 sogar nach Ablauf jener Fristen auf Antrag des Erben „en cas de poursuite dirigée contre lui“ die Gewährung einer neuen Frist⁹⁾ richterlichem Ermessen anheimstellt. Nicht anders endlich verhält sich die preussische Gesetzgebung. Obschon auch ihrem System eine *hereditas iacens* fremd ist, entbindet sie in § 386. I. 9. A. L. R. allgemein den Erben von der Pflicht, sich während der Ueberlegungsfrist auf Forderungen der Erbschaftsgläubiger einzulassen, und schliesst in § 15 I. 24 A. G. O. die Exekution gegen den Erben während besagten Zeitraums aus.

Der Aufschub der Vollstreckung bis nach Beendigung des Schwebezustandes, im Falle eines regelrecht von Statten gehenden Erbschaftserwerbs allenfalls erträglich, musste dann, wenn der Erbe seiner Person oder seinem Aufenthalt nach unbekannt und dadurch Antritt oder Annahme der Erbschaft auf lange und unberechenbare Zeit hinausgerückt war¹⁰⁾, als unvereinbar mit den berechtigten Interessen der Nachlassgläubiger sich er-

⁸⁾ im Gegensatz zum *tempus conficiendi inventarium* nach römischem (l. 22 §§ 2, 13, C. de iure deliberandi 6, 30) und nach preussischem (§ 424 I 9 A. L. R.) Recht. Vgl. Zachariae-Puchelt, Handbuch des französ. Civilrechts IV § 614 (6. Aufl. S. 94 ff.).

⁹⁾ welche der aussergerichtlich durch den huissier vorgenommenen Exekutionshandlung gegenüber mittelst opposition zu erwirken. Zachariae-Puchelt a. a. O. N. 12 (S. 97).

¹⁰⁾ ebenso nach römischem Recht bei Erbeseinsetzung unter aufschiebender Bedingung.

weisen. Schon im römischen Recht war im letzteren Falle¹¹⁾ eine allerdings hauptsächlich nur der custodia über den Nachlass gewidmete cura bonorum zugelassen¹²⁾. Dass diese cura von einer in der italienischen Praxis des Mittelalters aufgestellten Meinung auch auf die passive Vertretung des Nachlasses in Prozessen ausgedehnt wurde¹³⁾, ersehen wir aus einem in vieler¹⁴⁾ Beziehung höchst interessanten consilium des Paulus de Castro (1390—1441)¹⁵⁾. Ja, dasselbe consilium unterrichtet uns von einer Ansicht des Verfassers, wonach „per viam executivam super bonis hereditariis per tertium non possessis bene potuisset procedi etiam non dato dicto curatore“, dies unter der eigenthümlichen Begründung, dass das Urtheil im Prozesse „maioris praeiudicii“ sei, „quia non posset retractari, si transiret in rem iudicatam, et tunc debet fieri via ordinaria, sed executio male facta posset retractari“. Die gleiche Erkenntnis von der Nothwendigkeit, in den fraglichen Fällen der hereditas iacens beizukommen, brach sich in Deutschland Bahn. Colerus¹⁶⁾ scheidet, offenbar mit Rücksicht hierauf, aus dem Begriff der hereditas iacens die hereditas vacans aus, welche dann vorliegen soll, „cum deficit omnis spes adeundi, puta, quando facta diligenti inquisitione et citatione eorum, quos causa successionis contingit, nullus invenitur qui velit esse heres“. Und auch die gemeinrechtliche Praxis des 19. Jahrhunderts hat, wenngleich unter mancherlei Schwankungen¹⁷⁾, mehr und mehr den Satz zur Anerkennung gebracht, dass der obrigkeitlich aufgestellte Kurator einer

¹¹⁾ Vgl. l. 8 D. quib. ex causis in poss. eatur 42, 4: „si diu incertum sit, heres extaturus nec ne sit.“

¹²⁾ Vgl. insbes. l. 23 § 3 D. de hered. instit. 28, 5; l. 8 D. quib. ex causis; l. 1 § 1 D. de curatore bonis dando 42, 7.

¹³⁾ unter Heranziehung der l. 2 D. de curat. bon. dando.

¹⁴⁾ Vgl. unten § 15 N. 20.

¹⁵⁾ Consilia Pauli de Castro, Vol. I cons. 67 num. 3 in fine (Ed. Francof. 1582, fol. 35).

¹⁶⁾ l. c. n. 388 (p. 348).

¹⁷⁾ Vgl. Seuffert, Archiv 1 Nr. 114, 18 Nr. 149.

ruhenden Erbschaft bei Klagen gegen letztere passiv legitimirt sei¹⁸⁾, worin implicate das Zugeständnis der Vollstreckungsbefugnis gegenüber dem Nachlass erblickt werden muss.

Sehr scharf kommt die gleiche Anschauung zum Ausdruck in einigen französischen Coutumes des 16. Jahrhunderts. Nach den Coutumes von Orléans, ancienne (1509) a. 349, nouvelle (1583) a. 433, Montargis (1531) chap. 20 a. 4, Nivernois (1534) ch. 32 a. 2, Clermont (1571) ch. 18 a. 8¹⁹⁾ kann nämlich die Vollstreckung im Falle der „succession jacente, c'est à sçavoir quand il n'y a heritiers apparents“, gegen die vom Obligirten oder Verurtheilten hinterlassenen Mobilien bezw. auch gegen die „fruits pendans par les racines“ vollzogen werden, und zwar ohne dass der Schuldtitel — obligation ou sentence —, wie dies im Verhältnis zu bekannten und legitimirten Erben nöthig ist, gegen die unbekannten Erben bezw. den Nachlass für exekutorisch erklärt zu werden braucht. Besonders treffend ist dieser letztere Gegensatz in der cout. von Nivernois (a. a. O.) dargestellt, wo es heisst:

„Toutes executions en biens meubles cessent par la mort du debteur, sinon que l'obligation, condamnation ou cedulle vérifiée ou reconnue, fust contre l'heritier dudit defunct déclarée exécutoire par sentence ou que la succession fust jacente: c'est à sçavoir qu'il n'y eust heritier apparent, esquels cas — à sçavoir au premier — peut estre procedé par execution sur les biens dudit heritier et — au second — sur les biens dudit defunct jacens et non occupez.“

Auch in seiner weiteren Entwicklung hat sich das französische Recht von der einmal eingeschlagenen Bahn nicht ent-

¹⁸⁾ Seuffert, Archiv 23 Nr. 40, 27 Nr. 39, insbes. 30 Nr. 40, S. 58—62 (O. A. G. Wolfenbüttel v. 9/23. X. 1866). Vgl. Reichsger. Entsch. 4, S. 437.

¹⁹⁾ Bourdot de Richebourg, Nouv. cout. gén. T. III p. 757, 804, 853, 1154 u. T. II p. 885.

fernt und auch späterhin den Nachlass, von welchem der Erbe fern, gegenüber den Exekutionsangriffen der Gläubiger nicht verschlossen. Wenn dies auch im Code de procédure civile nicht besonders ausgesprochen ist, so muss es doch aus art. 811 ff. Code civil gefolgert werden, wo für den Fall ergebnislosen Ablaufs der Inventarisations- und Ueberlegungsfrist „sur la demande des personnes intéressées“ die Bestellung eines Kurators vorgeschrieben (a. 812) und diesem eine weitgehende Vertretungsbefugnis, auch zur Prozessführung für die Masse in passiver Beziehung, eingeräumt ist (a. 813).

Ebendies ist auch durch die preussische Gesetzgebung verordnet. Ist nämlich gar nicht bekannt, wer Erbe sei, so soll ein dem Nachlass bestellter Kurator für die Befriedigung des zu einem siegreichen Urtheil gegen den Erblasser gelangten Gläubigers Sorge tragen und „zur Beobachtung dieser seiner Obliegenheit allenfalls durch Exekution angehalten werden können“. Ist zwar bekannt, wer Erbe sei, der Aufenthalt desselben aber nicht ausgemittelt worden, so liegt diese Aufgabe und die Pflicht zur Duldung der Exekution einem dem Erben bestellten Abwesenheitsvormunde ob (§§ 468, 471 I. 9, § 479 I. 12 A. L. R., § 14 I. 24 A. G. O.). —

Hiernach war im gemeinen, französischen und preussischen Recht die Exekution in den Nachlass vor Antritt oder Annahme der Erbschaft nur insoweit statthaft, als in Folge der Unbekanntschaft der Person oder des Aufenthaltes des Erben Antritt oder Annahme sich in ausserordentlicher Weise hinausschob. Bei der gegenwärtigen Entwicklung des Verkehrs muss aber ein jeder Aufschub der Vollstreckung, auch dann, wenn es nur um die regelrecht bis zum endgültigen Erbschaftserwerb verstreichende Zeit sich handelt, als eine schwere Benachtheiligung des Gläubigers erscheinen. Daher ist es durchaus gerechtfertigt, wenn die C. P. O. in dieser Beziehung dem früheren Rechte derogirt und die beiden bislang verschieden behandelten Fälle im Sinne einer gleichmässigen Zulassung der Zwangsvollstreckung nunmehr auf eine und dieselbe Linie stellt. Indem § 694 bestimmt:

„Ist der Schuldner vor Beginn der Zwangsvollstreckung gestorben, so hat bei ruhender Erbschaft oder wenn der Erbe oder dessen Aufenthalt unbekannt ist, das nach den Landesgesetzen zuständige Nachlassgericht auf Antrag des Gläubigers dem Nachlasse oder dem Erben einen Kurator zu bestellen,“

stellt er die Statthaftigkeit der Zwangsvollstreckung gegen den noch nicht endgültig einem bestimmten Erben zugefallenen Nachlass für alle Fälle ausser Zweifel. Es muss dies für das preussische und französische Rechtsgebiet auch auf den Fall bezogen werden, dass der als Erbe Berufene nach Person und Aufenthalt feststeht, aber die Ueberlegungsfrist bzw. (im franz. Recht) die Inventarisations- oder die Ueberlegungsfrist noch läuft. Denn einestheils wird nur so dem in den Motiven²⁰⁾ besonders ausgesprochenen Zweck des Gesetzes, durch Ermöglichung der Vollstreckung die Interessen des Gläubigers zu schützen, einheitlich für alle Rechtsgebiete Genüge geleistet. Anderentheils lässt sich jener Fall unschwer dem Wortlaut des § 694 anpassen. Man kann ihn unter die „ruhende Erbschaft“²¹⁾ unterbringen, indem man das Wort im weiteren Sinne gebraucht, oder im Ausdruck „wenn der Erbe unbekannt ist“²²⁾ angedeutet finden, da hier die Person des definitiv Legitimierten ungewiss ist. (Vgl. § 204 Konkurs-Ord.²³⁾)

Danach bleibt nur die Frage offen, gegen welche Person die Vollstreckbarkeit sich richtet, auf welche Person der Titel lauten muss, damit die Vollstreckungsbehörden in der

²⁰⁾ S. 415 (Hahn II S. 443). Vgl. den Hinweis auf § 15 I 24 preuss. A. G. O.

²¹⁾ mit Seuffert, zu § 694 N. 1 (5. Aufl. S. 822); v. Wilmowski-Levy ebenda N. 3 (S. 901).

²²⁾ mit Förster-Eccius IV § 269 N. 31 (S. 532).

²³⁾ So auch Struckmann-Koch, zu § 694 N. 1 u. Erk. des Reichsgerichts IV C. S. v. 6. II. 1890 bei Gruchot 34, S. 766, A. A.: Dernburg, Preuss. Priv. III § 218 N. 18 (S. 630) u. A. Förster, zu § 694 N. 1 (II S. 432).

Lage sind, mit Exekutionshandlungen gegen den Nachlass vorzugehen. Viele Kommentatoren²⁴⁾ glauben, aus § 694 entnehmen zu sollen, dass in allen Fällen die Ertheilung einer vollstreckbaren Ausfertigung gegen den Kurator nach Massgabe der §§ 665 ff. erwirkt werden müsse. Mit Unrecht. § 694 ordnet die Bestellung eines Kurators (vgl. den Gegensatz zu § 693) nur als nothwendige Voraussetzung für den Beginn der Vollstreckung selbst, also für die Vornahme des ersten Vollstreckungsaktes an. Dadurch wird Sorge getragen, dass von vorn herein jemand vorhanden ist, welcher als gesetzlicher Vertreter des am Handeln verhinderten oder sich davon ausschliessenden Schuldners die Rechte desselben im Zwangsvollstreckungsverfahren wahrnehmen kann. Dagegen soll die Vollstreckbarkeit des Titels keineswegs materiell gegen die Person des Kurators gelenkt werden. Dieser ist nicht „Rechtsnachfolger“ des im Titel bezeichneten Schuldners. Schon aus dem letzteren Grunde verbietet es sich, gemäss § 665 eine vollstreckbare Ausfertigung gegen ihn zu ertheilen²⁵⁾.

In denjenigen Rechtsgebieten, wo der Grundsatz gilt: „Der Todte erbt den Lebenden“, ist im Augenblick des Ablebens des Erblassers eine bestimmte Person von Rechtswegen Erbe geworden und damit in das durch den Titel kundgethane Schuld- und Vollstreckbarkeitsverhältnis als allgemeiner Rechtsnachfolger eingetreten. Ist daher diese Person dem Namen nach bekannt, so hat der Gläubiger gegen dieselbe, ungeachtet dass über ihren Aufenthalt nichts verlautet oder

²⁴⁾ So: v. Wilmowski-Levy a. a. O., Struckmann-Koch a. a. O., Petersen zu §§ 693, 694 N. 3 (S. 968 am Anf.), Gaupp zu § 694 (III S. 225), A. Förster, zu § 694 N. 1 u. 5 (II S. 432, 433) und Seuffert a. a. O. N. 3 (anders noch in der 4. Aufl. S. 803). Vgl. auch Hellmann, Lehrb. S. 823 u. Förster-Eccius a. a. O. (Text).

²⁵⁾ Gegen die Umstellung der Klausel auf den Kurator: Krech-Fischer, Komment. z. preuss. Ges. betr. d. Zwangsvollstr. in d. unbew. Verm. v. 13. VII. 1883, S. 146; Fitting, Lehrbuch § 93 N. 15 (7. Aufl. S. 694).

die Ueberlegungsfrist noch läuft²⁶⁾, sich gemäss §§ 665 ff. C. P. O. die Klausel ertheilen zu lassen. Kennt man dagegen nicht einmal ihren Namen, so ergeben sich Schwierigkeiten. Denn einerseits ist natürlich trotz alledem die Erbfolge wirklich eingetreten; die Vollstreckbarkeit wirkt gegen den unbekannten Erben. Andererseits lässt die C. P. O. die Zwangsvollstreckung nur für oder gegen die in dem Urtheil oder der beigefügten Vollstreckungsklausel „namentlich“ bezeichneten Personen zu (§ 671); die Ertheilung der Klausel gegen den „unbekannten Erben“ hätte also keinen praktischen Erfolg. Dies drängt zu dem Ausweg, auch für die hier in Rede stehenden Rechtsgebiete, ebenso wie für das gemeine Recht bei der *hereditas iacens*²⁷⁾, den gegen den Erblasser lautenden Titel als ausreichende Grundlage der Exekution zu erklären. So verfuhr bereits das französische Recht des 16. Jahrhundert.²⁸⁾ Obwohl dort gegen die bekannten Erben der Schuldtitel sogar „*par sentence*“ für exekutorisch erklärt werden musste, wurde im Falle der *succession jacente* — *c'est à sçavoir qu'il n'y eut heritier apparent* — von jeder besonderen Vollstreckbarkeitserklärung Abstand genommen und die Exekution gegen den Nachlass nicht als gegen einen Vermögenstheil des unbekannten Erben, sondern als gegen die „*biens du defunct jacens et non occupez*“ vollzogen. Diese Lösung ist auch heute praktisch unbedenklich, da die Vollstreckungsorgane nur, nachdem gemäss § 694 C. P. O. ein

²⁶⁾ Diese Umstände sind eben nur insofern von Bedeutung, als durch sie eine Vertretung des Erben gemäss § 694 C. P. O. nothwendig werden kann. Die Bestellung eines Kurators ist weder nöthig noch zulässig, wenn der nach Person und Aufenthalt bekannte Erbe sich schon während des Laufes der Ueberlegungsfrist in den Besitz des Nachlasses gesetzt hat. Denn damit hat er seine Absicht, in Bezug auf den Nachlass selbst handelnd aufzutreten, kundgethan. Wie sollte auch hier der Kurator ohne den Besitz des Nachlasses seine Stellung ausfüllen können? Vgl. §§ 2057, 2059 Entw. e. bürgerl. Gesb. — A. A. bez. des letzteren Punktes Förster-Eccius a. a. O. (N. 31).

²⁷⁾ Vgl. hinsichtlich dieser Krech-Fischer a. a. O.

²⁸⁾ Vgl. die S. 28 citirten Coutumes, insbes. die *cout. de Nivernois*.

Kurator²⁹⁾ bestellt ist, handelnd vorgehen dürfen und demnach die Frage, ob der Erbe als unbekannt anzusehen sei, der Entscheidung des dazu besonders berufenen Nachlassgerichts anheimgegeben ist. —

Die gleichen Grundsätze entscheiden, wenn ein für den Erblasser vorhandener Schuldtitel während des fraglichen Schwebeszustandes zur Vollstreckung steht. Nur fehlt hier die durch § 694 C. P. O. mittelbar herbeigeführte Erweiterung der Vollstreckbarkeit über die civilrechtlich gesetzten Grenzen hinaus. Für eine solche Erweiterung war hier, wo nicht, wie auf der Passivseite, die Rücksicht auf berechnigte Interessen dritter Personen Beachtung heischt, ein Grund nicht gegeben. Die Frage, inwieweit in unseren Fällen der Titel für die Erben oder für den Nachlass vollstreckbar ist, bestimmt sich also allein nach dem ausserhalb der C. P. O. liegenden Rechte³⁰⁾.

²⁹⁾ im Falle der hereditas iacens nach gemeinem Recht natürlich dem Nachlass, ob nach preussischem und französischem Recht gleichfalls dem Nachlass oder demjenigen, der Erbe sein wird, kann, weil für die Vollstreckbarkeit unerheblich, hier dahin gestellt bleiben. Vgl. übrigens noch Art. 11⁶⁹⁴ des Entw. e. Einf.-G. z. b. Gesb., Motive hierzu S. 97, ferner Motive z. Entw. e. b. Gesb. V S. 545 a. E., 546 am Anf., 547.

³⁰⁾ Ebenso wenig, wie der Nachlasspfleger, kann der Testamentsvollstrecker aktiv oder passiv als Subjekt des seinerzeit in Beziehung auf den Erblasser entstandenen Vollstreckbarkeitsverhältnisses gedacht werden. Die Klausel kann nach Massgabe der §§ 665 ff. C. P. O. nicht auf den Namen des Testamentsvollstreckers, sondern nur auf den des Erben umgestellt werden. Will jener von der ihm im Testament eingeräumten Befugnis, die betreffende Aktivforderung einzuziehen, Gebrauch machen, so betreibt er auf Grund der testamentarischen Vollmacht namens des Erben die Ertheilung der vollstreckbaren Ausfertigung für denselben und giebt auch namens desselben dem Gerichtsvollzieher den Zwangsvollstreckungsauftrag. Hat er kraft seiner Vertretungsbefugnis den Nachlass in Besitz genommen, so muss er aus dem gegen den Erblasser erwirkten und auf den Erben umgestellten Titel unter allen Umständen die Vollstreckung in den Nachlass sich gefallen lassen (anders gegenüber einem erst gegen den Erben als solchen entstandenen Schuldtitel. Vgl. Förster-Eccius IV, § 255, S. 447 f., N. 46). Charakteristisch ist es, dass die coutume d'Orléans (anc. art. 363; nouv. a. 459) und die coutume

Zweiter Theil.

Die Sondernachfolge.

Erster Abschnitt.

Sondernachfolge auf der Gläubigerseite.

§ 4.

A. Vollstreckbare Endurtheile.

Seitdem die *cessio actionis* in das römische Recht Eingang gefunden, war auch für den im Prozess siegreich gewesenen Kläger die Möglichkeit gegeben, mittelst Cession der *actio iudicati* seine Rechte aus dem Urtheil einem anderen zu eigener Verfolgung zu überlassen. Die italienische Doktrin und Praxis

de Clermont (chap. 18 art. 7), von welchen bei der Rechtsnachfolge auf der Passivseite eine besondere Vollstreckbarkeitserklärung durch den Richter (entsprechend §§ 665 ff. C. P. O.) erfordert, bei der Succession auf der Aktivseite aber hiervon abgesehen und sogar der blosse „porteur de lettres obligatoires“ für genügend legitimirt erachtet wird (vgl. Orléans anc. a. 348; nouv. a. 432), dem Testamentsexekutor das Recht zum exekutionsweisen Vorgehen aus den für den Erblasser begründeten Titeln beilegen, von einem entsprechenden Recht des Nachlassgläubigers gegen den Testamentsexekutor aber schweigen.

Im Falle der Entmündigung des im Titel bezeichneten Gläubigers oder Schuldners kann gleichfalls nicht von einer Klauselumstellung auf den Vormund die Rede sein. Die Gläubiger- oder Schuldnerseigenschaft bleibt nach wie vor bei dem Entmündigten.

des Mittelalters trug kein Bedenken, dem Cessionar die Befugnis zur *imploratio officii iudicis*, zur Bitte an den Richter um Verfügung der Exekution, unmittelbar auf Grund des vom Cedenten seinerzeit für die cedirte Forderung erstrittenen Urtheils zuzugestehen, ebenso auf Grund einer Urkunde, in welcher wegen der Forderung dem Cedenten das *ius ingrediendi sua autoritate* von dem Schuldner verbrieft worden war (exekutorische Urkunde)¹⁾. Dem französischen Recht war die Zulässigkeit der Cession mit der Folge, dass die exekutorische Kraft der zu Gunsten des Cedenten lautenden *obligation ou condemnation* für den Cessionar wirkte, nicht weniger geläufig. Das nach einigen *Coutumes* des 16. Jahrhunderts noch aufgestellte Erfordernis einer vom Cessionar gegen den Schuldner zu erhebenden „*action*“ hatte auch hier, wie bei der Erbfolge²⁾, nur den Zweck, im konkreten Falle die Thatsache des Ueberganges der Forderung zur richterlichen Feststellung zu bringen³⁾. Das deutsche gemeine Recht hatte keine Veranlassung, einen anderen Standpunkt einzunehmen⁴⁾. Und so ist denn in der Vorschrift des § 665 C. P. O.:

¹⁾ Bartolus, ad l. 1 § usufructuarius (20) D. de operis nov. nunt. 39, 1, No. 2; Baldus, in l. Creditores (3) C. de pignor. 8, 13, No. 14 (Lugd. 1585, Cod. IV pars fol. 163v); Ludovicus de Ponte sive Romanus, consilia: cons. 38 num. 1 (Francof. 1577, fol. 20); Paulus de Castro, in l. postulante (46) D. ad sc. Trebell. 36, 1, num. 6 (Lugd. 1585, Infort. pars II, fol. 126) u. a.

²⁾ Oben § 2 N. 6.

³⁾ Vgl. Kohler, Zeitschr. der Savigny-Stift. a. a. O. S. 134 f. und ausser den dort angeführten *Coutumes* diejenige von Blois (1523) a. 263: „Celuy qui aura transport de quelque somme de deniers, ne pourra faire executer l'obligé ou condamné pour la somme à luy cedée; mais sera tenu poursuivre son transport par action, et informer le débiteur, soit débiteur personnelle ou réelle“ (Bourdout a. a. O. III p. 1067). Das Verfahren hat sich im französischen Recht allmählich soweit vereinfacht, dass heute der Cessionar lediglich auf Grund des mit der Vollstreckungsklausel für den Cedenten ausgestatteten Titels gegen den Schuldner *exequendo* vorgehen kann (Carré-Chauveau, Lois de la procédure civile T. IV Qu. 1898, Ed. 3 p. 496).

⁴⁾ Wetzell § 47 N. 112 (S. 599).

„Eine vollstreckbare Ausfertigung kann für den Rechtsnachfolger des in dem Urtheile bezeichneten Gläubigers ertheilt werden“;

auch insofern sie eine Sondernachfolge im Auge hat, nur ein längst allgemein gültig gewesener Satz zum Ausdruck gekommen. —

Kann die vollstreckbare Ausfertigung auch dann ertheilt werden, wenn die Nachfolge während der Rechtshängigkeit stattgefunden hat?

Für die Bejahung sprechen ähnliche Erwägungen, wie diejenigen, welche bei der Erbfolge in derselben Richtung massgebend gewesen sind⁵⁾. Nur, wenn man die Frage bejaht, lassen sich die Bestimmungen des § 236 C. P. O. über die Freigabe des Verkehrs mit litigiösen Forderungen in vollem Umfange verwirklichen.

Nach § 236 Abs. 2 ist derjenige, an welchen die geltend gemachte Forderung während der Rechtshängigkeit cedirt ist, grundsätzlich ausser Stand gesetzt, die weitere Prozessführung zu übernehmen. Das Urtheil ergeht unter den alten Parteien; dafür wird gemäss Abs. 3 a. a. O. die Wirksamkeit und Vollstreckbarkeit desselben auf den Nachfolger erstreckt. Zwar ist ausdrücklich nur von der Wirksamkeit und Vollstreckbarkeit gegen den Rechtsnachfolger die Rede. Dass dieselbe jedoch ganz ebenso für den Rechtsnachfolger gilt, darauf deutet das Wort „auch“ in dem gedachten Abs. 3 des § 236 hin. Der historisch gegebene Zweck des Gesetzes, zu verhüten, dass die Prozessführung des Vorgängers gegenstandslos bleibe, trifft gegenüber einer dem Successor günstigen und einer ihm ungünstigen Entscheidung in gleicher Weise zu⁶⁾. Danach muss der Cessionar aus dem vom Cedenten erstrittenen Urtheil die Zwangsvollstreckung betreiben können und, da hierfür Legitimation durch eine auf ihn lautende Vollstreckungs-

⁵⁾ Oben § 2 Ziff. 1 S. 18 ff.

⁶⁾ Vgl. l. 11 §§ 9 u. 10 D. de exc. rei iud. 44, 2; Seuffert, zu § 236 N. 4 e und die dort Citirten (S. 306).

klausel nach § 671 C. P. O. nothwendig ist, auch in Stand gesetzt sein, diese Legitimation nach Massgabe der §§ 665 ff. sich zu beschaffen⁷⁾. Er ist als „Rechtsnachfolger des in dem Urtheile bezeichneten Gläubigers“ im Sinne des § 665 zu betrachten. Dass die grammatischen Bedenken, welche sonst gegen eine solche Auslegung erhoben werden könnten, gegenüber § 665 unangebracht sind, ist oben (§ 2 Ziff. 1 S. 19 f.) näher dargelegt.

Folglich besteht in den Fällen des Ueberganges der im Prozess geltend gemachten Forderung auf einen Sondernachfolger, was den Uebergang der Vollstreckbarkeit des Urtheils anlangt, kein Unterschied zwischen vor und nach Beendigung des Rechtsstreits eingetretener Succession⁸⁾. —

Die C. P. O. spricht ganz allgemein von dem „Rechtsnachfolger des in dem Urtheile bezeichneten Gläubigers.“ Daraus entnehmen wir das Eine mit Sicherheit: Es muss ein Subjektswechsel in Anbetracht der durch das Urtheil vollstreckbar

⁷⁾ Auch die Verfechter der Ansicht, dass durch die Cession während der Rechtshängigkeit die Prozessführung zwar nicht in prozessualischer, wohl aber in civilistischer Beziehung beeinflusst werde, können der Möglichkeit, die Klausel für den Cessionar umzustellen, nicht entrathen. Denn selbst wenn das Urtheil die „Leistung an den Cessionar“ dem Beklagten aufgibt, so kann die Vollstreckung zu Gunsten des Cessionars ohne jene Umstellung nicht von dem letzteren selbst, sondern immer nur von dem Cedenten betrieben werden. Es herrscht denn auch unter den Vertretern jener Ansicht nur darüber Streit, ob der Cessionar, damit nicht der Gang des Rechtsstreits in prozessualischer Beziehung beeinflusst werde, mit dem Antrag auf Klauselertheilung bis zur Rechtskraft des Urtheils warten muss oder dazu schon auf Grund des vorläufig vollstreckbaren Urtheils berechtigt ist. Im ersteren Sinne: Förster-Eccius I § 99 N. 210 (S. 672), im letzteren: Kohler in der Zeitschr. f. d. Civilproz. 12 S. 117.

⁸⁾ Allgemein bei allen Successionsarten, nicht blos bei der Cession. Vgl. unten S. 47. — Zu demselben Ergebnis gelangen: v. Wilmowski-Levy, zu § 665 N. 1 (S. 863); Seuffert N 2 (S. 795); A. Förster N. 2 A (II S. 377) u. a. m. Ferner Mayer bei Gruchot 32 S. 323 f. und die dort (N. 28) weiterhin Citirten. Ebenso Reichsger. IV C.-S. v. 12. VI. 1882 (Entsch. 7 S. 332 ff.).

gewordenen, materiellen Forderung auf Leistung, Duldung, Unterlassung⁹⁾ erfolgt, an Stelle des ursprünglichen Gläubigers ein Dritter getreten sein. Im Uebrigen ist die Bedeutung des Wortes „Rechtsnachfolger“ keine absolut feststehende, von allen rechtlichen Gesichtspunkten aus gleiche¹⁰⁾. Es muss daher der Massstab für die Bestimmung derjenigen Bedeutung, die hier in Betracht kommt, erst gefunden werden.

Die Vollstreckbarkeit ist, wie in der Einleitung¹¹⁾ erwähnt wurde, eine Folge der prozessualischen Feststellung der Forderung und diese wiederum die Folge davon, dass die zur Begründung der Forderung nach Civilrecht erforderlichen Thatumstände im gegebenen Falle als vorhanden konstatirt sind. Es müssen also, damit der Dritte gemäss §§ 665 ff. die Vollstreckbarkeit für diejenige materielle Forderung, welche nach dem fraglichen Subjektswechsel ihm zusteht, in Anspruch nehmen kann, alle zur Rechtfertigung dieser Forderung nach Privatrecht nothwendigen Thatumstände vorher zur prozessualischen Feststellung gelangt sein. Von diesen Thatumständen ist aber einzig und allein die Thatsache der Subjektsveränderung durch das Gesetz einem besonderen Nachweis in besonderen prozessualischen Formen zugänglich gemacht (§§ 665 ff.). Alle übrigen Thatumstände müssen folglich bereits in dem für den ursprünglichen Gläubiger lautenden Urtheile festgestellt sein. Die anzustellende Prüfung erschöpft sich demnach in den beiden Fragen:

a. Hat hinsichtlich der vollstreckbaren Forderung materiell ein Subjektswechsel stattgefunden?

b. Beruht, abgesehen von dieser Thatsache, die materielle Forderung in der Gestalt, wie sie dem neuen Gläubiger nunmehr zusteht, auf dem gleichen Thatbestande, welcher für die Forderung des ursprünglichen Gläubigers die nothwendige

⁹⁾ Oben § 1 N. 6.

¹⁰⁾ Unten N. 15.

¹¹⁾ S. 1. Feststellung bis zum Grade der Gewissheit: rechtskräftiges, bis zum Grade der Wahrscheinlichkeit: vorläufig vollstreckbares Urtheil.

Grundlage abgegeben hat und in dem Urtheil, dessen Vollstreckbarkeit übergeleitet werden soll, festgestellt worden ist?

1. Für die Cession, bei welcher nach moderner Rechtsanschauung ein unmittelbarer Uebergang der materiellen Berechtigung auf den Cessionar herbeigeführt wird, ergibt sich ohne Weiteres die Bejahung beider Fragen¹²⁾. Die Cession hat unter den hier in Betracht kommenden Translationsmitteln den weitesten Anwendungskreis, da sie zur Uebertragung nicht bloß obligatorischer Rechte, sondern auch dinglicher Forderungen, z. B. der Forderung des Eigenthümers auf Herausgabe der Sache, der dinglichen Forderung des Pfandgläubigers u. a. m. geeignet ist¹³⁾.

2. Besonderer Untersuchung bedürfen dagegen die im Indossament eines Orderpapiers und in der Begebung eines Inhaberpapiers liegenden Uebertragungsakte. Hier besteht die Eigenthümlichkeit, dass das Recht des Indossatars, Empfängers des Inhaberpapiers unabhängig ist von der besonderen Gestaltung, welche das aus dem Papier hergeleitete Recht in der Hand des Vormanns angenommen hat. Ist es seinerzeit auf die Klage des letzteren gegen den Schuldner zu einem rechtskräftigen Urtheil gekommen, so kann gleichwohl die nunmehr erhobene neue Klage des später eingerückten

¹²⁾ Zur Rechtfertigung des Antrages auf Umstellung der Klausel bedarf es nicht des Nachweises der an den Schuldner erfolgten Denunziation, Signifikation, wenn letztere nach dem bürgerlichen Recht (Dernburg, Pand. II § 48 S. 130; § 393 I 11 Preuss. A. L. R.; art. 1690, 1691 Cod. civ.; dazu Entsch. d. Reichsger. 11 S. 340. Vgl. auch Kohler in der Zeitschr. f. d. Civproz. 12 S. 150 N. 97) nicht zum Erwerb der Forderung erforderlich ist, sondern nur die Aufgabe hat, den Uebergang zu sichern. Dieselbe kann daher äusserstenfalls zusammenfallen mit der Zustellung der für den Cessionar ertheilten Klausel und der damit verbundenen Zustellung der Rechtsnachfolgeurkunden gemäss § 671 Abs. 2 C. P. O.

¹³⁾ I. 9 C. de hered. vel act. vend. 4, 39; Dernburg a. a. O. I § 225 N. 1 u. 2 u. II § 50 N. 1; Zimmermann bei Gruchot 28 S. 280 f. Ferner: § 382 I 11 Preuss. A. L. R.; Förster-Eccius I § 99 N. 62; Dernburg, Pr. Priv. II § 83 N. 1. Weiterhin: cout. de Blois art. 263 (oben N. 3); art. 1689 Cod. civ. Motive z. Entw. e. bürgerl. Gesb. III S. 399 f.

Nachmannes vom Schuldner nicht durch den Hinweis auf *res iudicata* zu Fall gebracht werden¹⁴). Man hat daraus Anlass genommen, dem Indossatar, dem Erwerber des Inhaberpapiers die Eigenschaft als Rechtsnachfolger des Indossanten, Vorbesitzers abzusprechen¹⁵). Dies mit Recht von einem Gesichtspunkt aus, welcher die dem Rechte des Auktors etwa anhaftenden, ausserhalb des Papierinhaltes liegenden Mängel in Betracht nimmt. Die Anlegung des für § 665 C. P. O. entscheidenden Massstabes führt indessen zu anderem Ergebnis. Hier handelt es sich um ein auf Grund des Papiers von dem Auktor erstrittenes, obsiegliches, vollstreckbares Erkenntnis, also um einen dem Rechte desselben erworbenen, über den Papierinhalt hinausgehenden Vorzug, und es fragt sich, ob dieser zu Gunsten des Nachmanns verwerthet werden kann. Da, abgesehen von den auf den Subjektswechsel gerichteten Vorgängen der Indossirung bzw. Papierübergabe, das Recht des Nachmanns keine andere als die für das Recht des Vormanns massgebend gewesene, im Urtheil festgestellte, tatsächliche Grundlage (nämlich den Inhalt des Papiers) hat, so ist die aufgeworfene Frage zu bejahen¹⁶).

¹⁴) Die Abtretung von Hypotheken und Grundschulden im preussischen Rechtsgebiete gehört ebenfalls hierher (§ 38 Ges. über den Eigenthums-Erw. v. 5. V. 1872). Auch hier stehen Mängel der Berechtigung (Einreden), welche sich im Verhältnis zum Abtretenden ergeben haben, dem Erwerber unter Umständen nicht entgegen. Insoweit liegt eine Abweichung von dem allgemeinen Cessionsbegriff vor (§§ 407, 408 I 11 A. L. R.). Noch näher steht dem Inhaberpapier der in blanco „abgetretene“ Grundschuldbrief, insofern sich die „Abtretung“ hier durch sachenrechtliche Uebergabe vollzieht, § 55 des cit. Ges. v. 5. V. 1872. Vgl. Förster-Eccius I § 64 N. 8 (S. 371); Dernburg, Pr. Pr. I § 326 N. 5; Achilles, Kommentar zu dem cit. Ges., zu § 55 N. 2 (3. Aufl. S. 291 bis 293). — Das Nachindossament eines rechtzeitig protestirten Wechsels (A. 16 Abs. 2 W. O.) gehört dagegen nicht hierher, gewährt nur die Befugnisse einer gewöhnlichen Cession.

¹⁵) Entsch. d. Reichsger. 26 S. 407.

¹⁶) Bestätigt wird dies dadurch, dass in § 665 hinsichtlich der Gläubigerseite eine gleiche Einschränkung fehlt, wie sie für die Schuldnerseite durch die Worte „unter Berücksichtigung der §§ 236, 238“ Ausdruck ge-

Man muss noch weiter gehen. Der jeweilige Inhaber eines Inhaberpapiers ist kraft der blossen Innehabung, der Inhaber eines Orderpapiers kraft der Innehabung und einer zusammenhängenden, auf ihn hinuntergehenden Reihe äusserlich formgerechter Indossamente (A. 303, 305 H. G. B. in Verbindung mit A. 36 W. O.) gegenüber dem Verpflichteten als Gläubiger legitimirt, gleichgültig ob unter den ihn mit einem früher Berechtigten verbindenden Erwerbsakten ein materiell rechtswidriger (Diebstahl, Fälschung eines Indossaments) sich befindet. Nur, wenn der jetzt formell als Gläubiger legitimirte Inhaber selbst mala fide (z. B. selbst der Fälscher des Indossamentes) ist, kann von einer Befugnis des aus dem Papier Verpflichteten, jenes Gläubigerrecht als materiell unwirksam zu behandeln, die Rede sein — eine Befugnis, welche nach einer in Doktrin und Praxis weit verbreiteten, m. E. durch das Wesen der Inhaberoobligation auch gerechtfertigten Ansicht¹⁷⁾ dem aus einem Inhaberpapier Verpflichteten sogar gänzlich abgesprochen wird. Jedenfalls lässt sich aber diese Befugnis vom Schuldner nur geltend machen im Wege der prozessualischen Einrede; dem klagenden Gläubiger darf nicht zugemuthet werden, seinerseits den redlichen Erwerb des Papiers darzuthun.

Aus diesen Sätzen ergibt sich für unsere Materie Folgendes: Dem jeweilig formell als Gläubiger der Inhaber- oder Orderobligation Legitimirten kommt die Vollstreckbarkeit eines von einem Vormann erstrittenen Judikates auch dann zu Statten, wenn vermitteltst rechtswidriger Erwerbsakte das Papier aus der Hand jenes Vormanns auf ihn gelangt ist, ja sogar, wenn ihn selbst der Vorwurf der Unredlichkeit trifft. Denn, soweit sein Recht auf dem Inhalt des Papiers fusst, ist es durch das Urtheil festgestellt; was sonst zur

funden hat. Vgl. v. Wilmowski-Levy zu § 238 N. 1 (S. 363); A. Förster zu § 238 N. 3 (I S. 414).

¹⁷⁾ Stobbe, Handb. III § 180 Ziff. 4 (2. Aufl. S. 205 f.); Förster-Eccius I § 64 N. 18 S. 375; Entsch. des Reichsoberhandelsger. 17 S. 159. Uebernommen ist diese Ansicht in den Entw. e. b. Gesb. § 687.

Begründung seines Rechtes nöthig, nämlich die Thatsache der Innehabung des Papiers, bei der Orderobligation verbunden mit der Thatsache der formell ordnungsmässigen Indossirung, das kann, als Thatbestand des stattgehabten Subjektswechsels, in den Formen der §§ 665 ff. festgestellt werden.

Hieraus folgt, dass jeder spätere Inhaber des Inhaberpapiers und jeder spätere, formell legitimirte Inhaber des Orderpapiers sich zu einem gegen den Schuldner auf Zahlung aus dem Papier lautenden Urtheil als „Rechtsnachfolger“ im Sinne des § 665 die Klausel ertheilen lassen kann. Es folgt weiter, dass er durch blosse Vorlegung des Inhaberpapiers bzw. des gehörig auf ihn indossirten Orderpapiers seine „Rechtsnachfolge“ dem Gericht in genügender Weise offenkundig macht und sonstige öffentliche Urkunden nicht beizubringen braucht¹⁸⁾. Dem Schuldner bleibt dann überlassen, wegen der etwaigen Unredlichkeit des Papierinhabers, soweit sie das Gläubigerrecht desselben zu berühren im Stande ist, — nicht anders als z. B. bei materieller Unwirksamkeit einer formgerechten und daher auch für eine Klauselumstellung zur Veranlassung genommenen Cession — auf dem Wege des § 668 oder des § 687 C. P. O. die ertheilte Klausel nachträglich gegenstandslos zu machen.

3. Der Fall, dass das Recht des Erwerbers unabhängig ist von dem des Auktors, tritt auch im Grundstücksverkehr entgegen. Wo das Grundbuchsystem in Anwendung ist, da erwirbt derjenige, welchem ein Immobile aufgelassen wird, das Eigenthum an letzterem in der aus dem Grundbuch zur Zeit der Auflassung erhellenden rechtlichen Beschaffenheit

¹⁸⁾ insbes. nicht solche zum Nachweis der Echtheit der Indossamente, da eben auch unechte Indossamente die Rechtsnachfolgequalität im Sinne des § 665 begründen. — Ist er ausser Stande, die etwa dem ursprünglichen Titelsgläubiger bereits ertheilte vollstreckbare Ausfertigung vorzulegen, so wird die Ertheilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung gemäss § 669 C. P. O. ohne Gefahr für den Schuldner, gegen den der Vollstreckungsbeamte nur mit dem Werthpapier in der Hand vorgehen darf, angeordnet werden können.

und ohne Rücksicht auf sonstige, dem Rechte des Auflassenden eigen gewesene Mängel. Nach preussischem Recht steht ihm sogar die Kenntniss von einem älteren Recht auf Auflassung nicht entgegen (§ 4 des Eigenth.-Erw.-Ges. v. 5 Mai 1872). Folglich braucht er auch nicht das Resultat eines Prozesses, welchen der Auktor als Kläger über das Eigenthum am Grundstück geführt hat¹⁹⁾, gegen sich gelten zu lassen (§ 238 Satz 1 in Verbindung mit § 236 Abs. 3 C. P. O.). Insoweit ist er nicht Nachfolger des Grundstücksveräusserers geworden. Dagegen führen ähnliche Erwägungen, wie sie bei den Order- und Inhaberpapieren massgebend gewesen, dazu, dem Erwerber die Benutzung des für den Vorgänger günstig ausgefallenen Prozesses zuzugestehen. Hat also der Vorgänger im Vindikationsprozess gegen den Besitzer des Grundstücks die dingliche Forderung auf Besitzeinräumung erstritten, so muss die Vollstreckbarkeit dieses Erkenntnisses dem Erwerber zugute kommen. Denn materiell ist der letztere hinsichtlich jener Forderung an die Stelle des Vorgängers getreten²⁰⁾. Die im Titel als wahr konstatirten Thatsachen rechtfertigen unter alleinigem Hinzutritt der Thatsache der Auflassung, welche als blosse Rechtsnachfolgethatsache einer Feststellung in den Formen der §§ 665 ff. C. P. O. vorbehalten werden kann, jene Forderung auch für die Person des im Grundbuch neu als Eigenthümer Eingetragenen.

Nur, soweit sie eine Forderung für diesen begründen, ist die Klauselumstellung statthaft. Ist z. B. der Schuldner in dem Urtheil nebenbei zum Ersatz des Schadens, welcher aus der Vorenthaltung des Grundstücks bis zur Auflassung dem Auktor erwachsen ist, zum Ersatz der bis dahin zu Unrecht gezogenen Früchte verurtheilt worden, so würde der

¹⁹⁾ mag Anfang und Ende des Prozesses zeitlich vor der Auflassung gelegen haben oder der Prozess vorher angefangen und nachher erst (gemäss § 236 Abs. 2 C. P. O., in Folge Nichterhebung des in § 238 Satz 2 gedachten Einwandes) vom Auktor in Ansehung der Sache selbst zu Ende geführt worden sein.

²⁰⁾ Vgl. § 7 des cit. preuss. Ges.

neue Grundstückseigenthümer bezüglich dieser Forderungen ohne besondere cessionsweise Ueberlassung nicht als Rechtsnachfolger im Sinne des § 665 C. P. O. auftreten dürfen.

4. Noch eine fernere Klasse von Rechten hat Aehnlichkeit mit dem Recht aus dem Inhaberpapier, insofern diese Rechte untrennbar mit einem körperlichen Gegenstand verbunden sind und ihr Uebergang sich daher als gesetzliche Folge der sachenrechtlichen Uebertragung jenes Gegenstandes vollzieht. Es sind dies die subjektiv mit einem Grundstück verknüpften Rechte²¹⁾, so vor allem die Grundgerechtigkeiten, ferner die sog. Realgewerberechte (z. B. die Apothekergerechtigkeit), das Recht auf Grenzregulirung (*actio finium regundorum*)²²⁾, das Recht auf Regulirung des Wasserabflusses (*actio aquae pluviae arcendae*)²³⁾.

Inhalt und Umfang dieser Rechte werden durch den bezeichneten Uebergang in keiner Weise verändert. Die Aktivlegitimation des neu Berechtigten wird lediglich durch sein Verhältniss zum Grundstück bestimmt. Hiernach muss sich gemäss obigen Grundsätzen, wenn über eine solche Berechtigung vom Grundstückseigenthümer ein obsiegliches und vollstreckbares Urtheil gegen den Verpflichteten erstritten worden ist, die Vollstreckbarkeit im Falle eines späteren Wechsels im Eigenthum des Grundstücks — für die Feststellung des Wechsels bietet das Verfahren der §§ 665 ff. C. P. O. Gelegenheit — auf den Erwerber erstrecken²⁴⁾. Derselbe hat als „Rechtsnachfolger des im Urtheil bezeichneten Gläubigers“ zu gelten.

²¹⁾ subjektiv-dingliche Rechte im Sinne des § 125 I 2 Preuss. A. L. R.

²²⁾ Kohler in der Zeitschr. f. d. Civproz. 12 S. 125; Wetzell § 6 N. 8 (S. 44).

²³⁾ Ein Unterschied zwischen diesen Rechten und den Rechten aus den Inhaberpapieren besteht darin, dass die Uebereignung der körperlichen Sache hier (Hingabe des Papiers) allein in der Ueberleitung des betr. Rechts, dort (Veräusserung des Grundstücks) in sich selbst ihren Zweck hat.

²⁴⁾ Schon nach Digestenrecht wird in unserem Falle der Grundstückserwerber der *res iudicata*-Wirkung des Urtheils unterworfen, l. 11 § 9 D. de exc. rei iud. 44, 2. Die *actio iudicati* wird ihm allerdings nicht gegeben, l. 16 D. de aqua et aquae pluv. arc. 39, 3.

Dieses Ergebnis ist bezüglich einer nach Beendigung des Prozesses eingetretenen Rechtsnachfolge gar nicht zweifelhaft. Dagegen wird die rechtliche Behandlung der Fälle, in denen während der Dauer des Rechtsstreits das herrschende Grundstück veräußert ist, durch die Unklarheit des Verhältnisses des § 236 zu § 237 C. P. O.²⁵⁾ erschwert.

Aus Stellung und Wortlaut dieser beiden Paragraphen erhellt nämlich nicht mit Sicherheit, ob man die Fälle des § 237 — das sind die hier in Betracht kommenden — als in § 236 mitbegriffen anzusehen und daher in der Vorschrift des ersteren lediglich eine Ausnahme von den Bestimmungen des Abs. 2 des § 236 erblicken, die Satzung des Abs. 3 (Ueberleitung der Wirksamkeit und Vollstreckbarkeit des gegenüber dem Auktor ergangenen Urtheils auf den Rechtsnachfolger) aber für die Fälle des § 237 gelten lassen muss.

Gegen eine solche Annahme scheint Bedeutung und Zweck der durch § 237 geschaffenen Möglichkeit eines prozessualischen Parteiwechsels zu sprechen. Nach den Motiven²⁶⁾ sollte anscheinend dadurch vermieden werden, dass der alte Prozess fruchtlos, d. h. ohne ein in materieller Beziehung (für das Grundstück und dessen nunmehrigen neuen Besitzer) endgültiges Ergebnis, zu Ende gehe. Letzterer Fall — so müsste man folgern — tritt mithin dann ein, wenn von der Vorschrift des § 237 seitens der Beteiligten kein Gebrauch gemacht, das Prozessverfahren nicht auf den Grundstücksnachfolger übergeleitet wird. Dabei lässt sich für diese Folgerung noch ein scheinbares Argument aus dem Wortlaut des § 236 gewinnen. Dieser spricht nur von der „Veräußerung

²⁵⁾ Die Motive zu Art. 11 d. Entw. e. Einf.-Ges. z. bürgerl. Gesb. S. 75 a. E. sagen, dieses Verhältnis gebe „zu Zweifeln Anlass“.

²⁶⁾ zu § 216 des Ministerialentw. 1871 (Amtl. Ausg. S. 309): „zur Vermeidung einer Vervielfältigung der Prozesse“ und zu § 229 des Bundesrathsentw. (S. 191 Hahn II S. 262): „in hohem Grade zweifelhaft, ob ohne eine solche Vorschrift der anhängige Rechtsstreit zu Ende geführt werden könne.“ Vgl. die daselbst citirten Ausführungen von Wetzell § 6 S. 44 u. 45.

der in Streit befangenen Sache“ und der „Cession des geltend gemachten Anspruchs“. Man könnte Bedenken tragen, ein Grundstück, für welches das Recht, über das benachbarte Grundstück zu gehen, eine auf dem letzteren befindliche, dem Wasserabflusse hinderliche Vorrichtung zu verbieten, u. s. w. geltend gemacht wird, als in Streit befangene Sache zu erklären²⁷⁾. Und eine Cession des Rechts im technischen Sinne liegt auch nicht vor.

Allein diese Argumente sind nicht zwingend. Gerade der Inhalt des § 665 C. P. O. giebt Anlass, der herrschenden Ansicht²⁸⁾ beizutreten, welche das Verhältniß des § 237 zu § 236 in dem zuerst angedeuteten Sinne (§ 237 nur Ausnahme von Abs. 2 des § 236) versteht. Denn die früheren Ausführungen (in § 2 Ziff. 1 u. oben S. 36 f.) haben dargelegt, dass der Ausdruck „Rechtsnachfolger des im Urtheile bezeichneten Gläubigers“ bei der Erbfolge und bei der Cession (in der technischen Bedeutung) auf die während der Dauer ganz ebenso wie auf die nach Beendigung des Prozesses an die Stelle des ursprünglichen Gläubigers getretene Person zu beziehen ist. Man ist also, wenn man nicht wider die Regeln der Auslegung verstossen will, genöthigt, dem Worte „Rechts-

²⁷⁾ Vor der C. P. O. betrachtete jedenfalls die herrschende Ansicht ein solches Grundstück nicht als litigiös. Vgl. v. Bethmann-Hollweg, Civilprozess des gemeinen Rechts II S. 453; Wetzell § 6 N. 15 (S. 46); Seuffert, Archiv III N. 23 u. V N. 9; Strippelmann, Entsch. des O. A. G. Cassel V S. 423.

²⁸⁾ v. Wilmowski-Levy, zu § 237 N. 1 u. 4 (S. 359 f.); Seuffert, zu § 237 N. 5 letzter Satz (S. 308); Struckmann-Koch N. 2; A. Förster N. 1 u. 5 (I S. 410, 413). Ferner Kohler in d. Zeitschr. f. d. Civproz. 12 S. 130 f.; Mayer bei Gruchot 33 S. 303 f., Erk. d. O. L. G. Karlsruhe v. 12. IV. 1881 in der Zeitschr. f. d. Civproz. 7 S. 345. A. A.: Mandry, der civilrechtl. Inhalt § 23 (3. Aufl. S. 243); Arndt bei Gruchot 22 S. 332. — Die gegensätzliche Ansicht enthielte hinsichtlich der Wirkung der Rechtskraft einen Rückschritt gegenüber dem römischen Recht: 1. 9 D. 44, 2. Vgl. auch 1. 63 D. de re iudic. 42, 1, welche auf den Grundstückserwerber zutreffen dürfte, der den Prozess trotz Kenntnis von der Anhängigkeit, unter Abstehen von seinem Recht zur Uebernahme aus § 237 C. P. O., durch den Auktor zu Ende führen lässt.

nachfolger“ für die Fälle der Succession vor und nach Beendigung des Rechtsstreites durchweg den gleichen Inhalt zu geben. Nun ist für die hier in Betracht kommende Successionsart (Uebergang der für ein Grundstück bestehenden Berechtigung als Folge der Grundstücksveräußerung) die Anwendbarkeit des § 665 auf den Fall der Veräußerung nach beendetem Rechtsstreit als unzweifelhaft festgestellt. Mithin muss das Gleiche für den Fall einer Veräußerung vor der Prozessbeendigung rechtens sein. § 665 hat also dem in § 236 Abs. 3 zum Ausdruck gekommenen Gedanken, soweit es auf die Vollstreckbarkeit zu Gunsten des Nachfolgers ankommt, in der That auch für die unter § 237 fallende Succession Geltung verschafft.

Mit dem Wortlaut des § 236 lässt sich diese Ansicht dann in Einklang setzen, wenn man den daselbst gebrauchten Ausdruck „Cession“ nicht im engen, juristisch-technischen Sinne, sondern als gleichbedeutend mit „Uebertragung“ nimmt²⁹⁾, wie man ja auch die Indossirung eines Orderpapiers, die Begebung eines Inhaberpapiers nach dem früher Gesagten zu unterstellen hat. Und die Ansicht ist auch mit den Bestimmungen des § 237 vereinbar, wenn man als Rechtfertigungsgrund derselben im Gegensatz zu den Motiven nicht den Fortfall der Sachlegitimation des Grundstücksveräußerers ansieht, sondern einerseits die Erheblichkeit des Interesses, welches der Erwerber am Ausgang des Rechtsstreites hat, andererseits den Umstand, dass nach der Beschaffenheit der vorliegenden Fälle die Besorgnis einer von dem Veräußerer mit der Veräußerung beabsichtigten Chikanirung des Prozessgegners unbegründet erscheint^{30) 31)}.

²⁹⁾ Mayer bei Gruchot a. a. O. will in den fraglichen Fällen auf das Grundstück, für welches die Berechtigung geltend gemacht wird, den Begriff der in Streit befangenen Sache anwenden.

³⁰⁾ Vgl. Kohler in der Zeitschr. f. d. Civproz. 12 S. 125 a. E., 126.

³¹⁾ Für das Gebiet des preussischen Rechts herrscht Streit darüber, ob das Recht des Vermiethers gegen den Miether auf Räumung unter § 236 — Förster-Eccius I § 51 N. 17 (S. 232) — oder unter § 237

5. Die bisher für die einzelnen Successionsarten entwickelten Sätze finden auch dann unverändert Anwendung, wenn die Nachfolge gegen den Willen des im Urtheil bezeichneten Gläubigers eingetreten ist. So z. B. in dem Falle, dass das Grundstück, zu dessen Gunsten eine Wegerechtigkeit von dem dermalig Legitimirten erstritten worden, durch Ersitzung in das Eigenthum eines Dritten fällt³²⁾. So vor allem, wenn der Rechtsübergang auf dem Wege der Zwangsvollstreckung gegen den ursprünglichen Gläubiger herbeigeführt wird. Fälle dieser Art sind: Das Grundstück, bezüglich dessen der Eigenthümer die Verurtheilung des Besitzers zur Herausgabe, Räumung erwirkt hat, wird versteigert und zugeschlagen. Werthpapiere (besonders Inhaberpapiere), welche mit Erfolg gegen den Verpflichteten ausgeklagt worden, werden gepfändet und in Gemässheit der §§ 722—724 C. P. O. von dem Gerichtsvollzieher aus freier Hand verkauft oder versteigert. Eine Geldforderung, die vollstreckbar geworden ist, wird gepfändet und an Zahlungsstatt zum Nennwerthe³³⁾, und damit zum Eigen-

C. P. O. — Dernburg, Pr. Pr. I § 132 N. 12 (4. A. S. 312) — zu stellen ist. Die Entscheidung des Streites ist für die hier interessirende Frage, ob das vom Vermiether erstrittene Exmissionsurtheil für denjenigen vollstreckbar ist, der nach der Klagerhebung das Grundstück vom Vermiether erworben hat, nach den Ausführungen des Textes gleichgültig. Die Frage ist auf jeden Fall zu bejahen. Denn, wenn man auch das fragliche Recht des Vermiethers als rein obligatorisch auffasst, wird man doch in der Uebertragung des Eigenthums am Grundstück implicite eine Uebertragung jenes Rechtes zu erblicken und daher nicht die Vorweisung einer ausdrücklichen Cession für die Klauselumstellung aus § 665 C. P. O. zu erfordern haben. Letzteres trifft auch auf obsiegliche und vollstreckbare Urtheile über andere Rechte des Vermiethers aus dem Miethvertrage (Zinszahlung, Reparatur der Sache etc.) zu, soweit sich diese Rechte auf die Zeit nach dem Eigenthumsübergang erstrecken; denn insoweit gehen dieselben, wenn nichts anderes bedungen, ohne Weiteres auf den Grundstückserwerber über. (Förster-Eccius II § 136 N. 76; Dernburg a. a. O. I § 291 N. 7 und 8.)

³²⁾ Die Klauselumstellung wird hier naturgemäss nur im Wege des § 667 C. P. O. durchzusetzen sein.

³³⁾ Ueberweisung zur Einziehung: vgl. unten Ziffer 7.

thum, überwiesen (§ 736 Abs. 1 u. 2 a. a. O.) oder, weil ihre Einziehung mit Schwierigkeiten verbunden, auf besondere Anordnung des Vollstreckungsgerichts durch Verkauf an einen Dritten verwerthet (§ 743 a. a. O.). Das Resultat des Rechtsübergangs ist in allen diesen Fällen genau dasselbe, als bei freiwilliger Translation durch den Urtheilsgläubiger, nämlich vollständiger Eintritt in die Gläubigerschaft. Die Gleichstellung hinsichtlich Zulässigkeit der Vollstreckbarkeit des Urtheils für den dritten Erwerber ist daher innerlich gerechtfertigt. Sie stösst auch im Gesetz nicht auf Hindernisse. Denn § 665 macht zwischen der mit dem Willen und der ohne oder wider den Willen des Vorgängers vollzogenen Rechtsnachfolge keinen Unterschied. Und auch § 236 lässt Raum für die Unterstellung der fraglichen Fälle. Die Ausdrücke „Veräusserung, Cession“ sind hier, wie bereits hervorgehoben worden ist, nicht im engsten technischen Sinne zu deuten. Heisst es in Abs. 1 auch nur: „Die Rechtshängigkeit schliesst das „Recht der Partei nicht aus, zu veräussern, zu cediren,“ so war doch mit dieser Fassung nicht Herstellung eines Gegensatzes zu den alienationes quae originem iuris habent necessariam (l. 13 D. fam. ercisc. 10,2) beabsichtigt, sondern es erübrigte sich nur ein Hinweis auf dieselben, da sie schon von dem römischen und gemeinrechtlichen Verbot der Veräusserung litigiöser Sachen und Forderungen ausgenommen waren³⁴⁾.

6. Mit demselben Recht gehört hierher eine Sondernachfolge von Todeswegen. Derjenige, welcher das Eigenthum einer bereits vollstreckbar gewordenen Forderung auf Grund eines Vermächtnisses des im Urtheil bezeichneten Gläubigers erworben hat, kann eine Umstellung der Vollstreckungsklausel auf seinen Namen nach Massgabe der §§ 665 ff. C. P. O. erwirken. Nur müssen die Voraussetzungen

³⁴⁾ Im Sinne des Textes herrscht in Doktrin und Praxis beinahe Uebereinstimmung. A. A. über § 236: Entsch. des Obersten Landesger. München v. 14. X. 1882 bei Seuffert, Archiv 39 Nr. 136 S. 201 (allerdings nur gelegentlich einer Deduktion betr. die Ueberweisung zur Einziehung).

erfüllt sein, an welche das bürgerliche Recht die Befugnis des Legatars zur Einziehung der Forderung knüpft, (Einwilligung des onerirten Erben bzw. seine Verurtheilung hierzu)³⁵⁾; es muss die Erfüllung derselben dem Gericht in der Form des § 665 nachgewiesen oder in dem gemäss § 667 angestregten Prozesse dargelegt werden.

Die Nothwendigkeit einer Klauselumstellung ergibt sich auch in dem Falle, dass schon während der Anhängigkeit des Rechtsstreites über die Forderung der Tod des Vermächtnisgebers und der Rechtsübergang auf den Legatar eingetreten ist. Denn den unterbrochenen Rechtsstreit hatte (vgl. die Ausführungen und Citate unten in § 13 Ziff. 3) nicht der Vermächtnisnehmer, sondern der Erbe gemäss § 217 C. P. O. aufzunehmen, auf dessen Namen folglich das Urtheil ergehen musste. Die Zulässigkeit der Klauselumstellung vom Erben auf den Legatar ergibt sich aber in diesem Falle daraus, dass letzterer als Rechtsnachfolger im Sinne des § 236 C. P. O. erscheint — der Ausdruck „Cession“ muss auch auf Sondernachfolge mortis causa bezogen werden — und daher unter der Einwirkung des in Abs. 3 daselbst enthaltenen Rechtsatzes steht.

7. Es können an materiellen — sowohl persönlichen als dinglichen — Forderungen, die auf Grund urtheilsmässiger Feststellung vollstreckbar geworden sind, Veränderungen in subjektiver Beziehung sich ereignen oder vor Eintritt der Vollstreckbarkeit (nach Erhebung der Klage) sich ereignet haben, durch welche der bisherige Gläubiger die Befugnis zur Einziehung, zwangsweisen Beitreibung des Geschuldeten an einen anderen verliert, ohne dass damit die Forderung endgültig aus seinem Vermögen ausscheidet. Solche Veränderungen ergeben sich als Folge der Entstehung von Pfand- und Niessbrauchsrechten an der Forderung. Als unmittel-

³⁵⁾ Vgl. Dernburg, Pand. III § 112 Ziff. 1 (S. 224); Dernburg, Pr. Pr. III § 150 (3. Aufl. S. 430 f.); Förster-Eccius IV § 276 (S. 606—608). Vgl. § 65 Abs. 2 des preuss. Eig.-Erw.-Ges. und § 85 Grundb.-Ord. v. 5. V. 1872.

oare Folge bei Verpfändung und Niessbrauchsbestellung nach gemeinem Recht³⁶⁾, bei Niessbrauchsbestellung an verzinslichen Kapitalforderungen in Ansehung der Zinsen auch nach preussischem Recht³⁷⁾. Als mittelbare Folge bei freiwilliger Pfandbestellung nach preussischem Recht³⁸⁾ und bei exekutionsweiser Pfandrechtsbegründung, nämlich bei Forderungspfändung, nach deutschem Reichsrecht³⁹⁾; der Vorgang, welcher in den letzteren Fällen den Eintritt der fraglichen Folge vermittelt, ist die von dem ursprünglichen Gläubiger ausgehende Anweisung des Schuldners zur Zahlung an den Pfandgläubiger oder die gerichtliche Ueberweisung der Forderung zur Einziehung⁴⁰⁾.

Kann hier der Pfandgläubiger, Niessbraucher seinerseits das vom Verpfänder, Niessbrauchsbesteller erstrittene Urtheil gegen den Verurtheilten vollstrecken, ist er berechtigt, zu diesem Behufe (§ 671 C. P. O.) gemäss § 665 die Umstellung der Klausel auf seinen Namen zu verlangen?

Zunächst ist offenbar die thatsächliche Grundlage des dem Pfandgläubiger, Niessbraucher gegen den Verurtheilten gewährten Rechtes, abgesehen von der hinzutretenden, aber in den Bereich der Feststellungsformen der §§ 665, 667 C. P. O.

³⁶⁾ Windscheid, Pand. I § 206 N. 9 und § 239 N. 10; Dernburg, Pand. I § 249 Ziff. 2 u. § 293. Näheres bei Hellwig, Verpfändung und Pfändung von Forderungen S. 161 fg. — Ebenso §§ 1028, 1218 Entw. e. bürgerl. Gesb.

³⁷⁾ §§ 101 ff. in Verbindung mit § 23 f. I 21 Preuss. A. L. R.; Dernburg, Pr. Pr. I § 285.

³⁸⁾ §§ 289, 296 in Verbindung mit §§ 197 ff. I 20 A. L. R.; Dernburg, Pr. Pr. I § 361 N. 11 und Förster-Eccius III § 192 a (S. 449 ff.).

³⁹⁾ §§ 736 ff., 745 ff. C. P. O.

⁴⁰⁾ Auch die Verfechter der Ansicht, dass für das Gebiet des gemeinen Rechts die der Forderungspfändung folgende Ueberweisung zur Einziehung nicht rechtsbegründende, sondern nur deklarative Bedeutung habe, dass die Einziehungsbefugnis an sich nach gemeinem Recht, als aus dem Pfandrechtsbegriff nothwendig folgend, schon mit der Pfändung (§§ 730, 709 C. P. O.) entstehe, sehen in der Ueberweisung eine formale Voraussetzung für die Legitimation des Pfändungspfandgläubigers zur Geltendmachung der Einziehungsbefugnis. Hellwig a. a. O. S. 115; Ruhstrat, in der Zeitschr. f. d. Civproz. 14 S. 470 ff., 472.

hineinpassenden Thatsache der Verpfändung, Niessbrauchsbestellung, Ueberweisung genau ebendieselbe, welche als Fundament für die Forderung des ursprünglichen Gläubigers im Urtheil prozessualisch festgestellt ist⁴¹⁾. Auch was Inhalt und Ziel anlangt, ist jenes Recht im Verhältniss zum Schuldner gleich der im Urtheil zum Ausdruck gekommenen vollstreckbaren Forderung⁴²⁾ des Verpfänders, Niessbrauchsbestellers. Denn, mag man auch in der Streitfrage über die Konstruktion des Pfandrechts und Niessbrauchs an Forderungsrechten annehmen, der Pfandgläubiger bzw. der Niessbraucher erwerbe an dem eingezogenen Gegenstande wiederum ein Pfandrecht bzw. einen Niessbrauch und nicht Eigenthum⁴³⁾, so tritt dies doch keinesfalls gegenüber dem Schuldner der betreffenden Forderung, also bei Geltendmachung der Einziehungsbefugnis durch den Pfandgläubiger, Niessbraucher, in die Erscheinung. An letzteren hat jener so zu zahlen, zu leisten, zu restituiren, wie er dies nach dem Urtheil gegenüber dem Verpfänder, Niessbrauchsbesteller thun müsste. Wie sich nachher das Recht des Pfandgläubigers, Niessbrauchers an dem gezahlten Gelde, an den geleisteten oder restituirten Gegenständen gestaltet, kann ihm gleichgültig sein⁴⁴⁾.

⁴¹⁾ Gleichgültig, ob man für den Pfandgläubiger ein neues neben das Forderungsrecht des Verpfänders tretendes Mitgläubigerrecht konstruirt (kooptirende Cession: Hellwig S. 54 ff) oder nicht.

⁴²⁾ Vgl. unten N. 49.

⁴³⁾ §§ 746, 747 C. P. O.; §§ 290—292 I 20 A. L. R.; Dernburg, Pand. I § 293 N. 9 u. § 249 N. 11. Darüber Hellwig, § 3 S. 25 f. u. §§ 25—28 S. 173 ff.; Lazarus, Die rechtliche Natur des Pfandrechts an Forderungen. Inaug.-Dissert. Berlin 1889, S. 21 ff., 32 ff., 39. Vgl. auch Schuppe, Der Begriff des subjektiven Rechts S. 256, 272 f.

⁴⁴⁾ In den §§ 746, 747 C. P. O. (zum Zwecke der Exekution erfolgende Ueberweisung von Forderungen, welche eine bewegliche körperliche oder eine unbewegliche Sache betreffen,) wird bestimmt, dass der Drittschuldner die Sache an einen vom Gläubiger zu beauftragenden Gerichtsvollzieher bzw. einen gerichtlich bestellten Sequester herauszugeben habe. Dadurch wird seine Leistungspflicht inhaltlich keine andere. Jene Vorschriften haben ihre Bedeutung nur für das Verhältniss des Pfändungsgläubigers zum Exekutionsschuldner. Bei der Umstellung der Vollstreckungsklausel

Als fernere Voraussetzung für die Ueberleitung der Vollstreckbarkeit wurde oben (S. 37 f.) aufgestellt, dass materiell ein Subjektswechsel sich vollzogen haben muss. Gerade das Zutreffen dieser Voraussetzung in unseren Fällen wird bestritten⁴⁵⁾. Man sagt: In der Person des Forderungsberechtigten wird keine Aenderung herbeigeführt; die Gläubigerrechte an der Forderung selbst verbleiben bei dem alten, im Urtheil bezeichneten Gläubiger; sie sind nur beschränkt durch die dem Pfandgläubiger, Niessbraucher übertragenen Befugnisse; folglich findet keine Rechtsnachfolge des letzteren im Sinne des § 665 statt. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Vordersätze sämtlich richtig sind. Jedenfalls ist der daraus gezogene Schluss nicht gerechtfertigt. Denn gerade die materielle Uebertragung jener, wie man sich ausdrückt, das Gläubigerrecht nunmehr beschränkenden Befugnisse begründet eine Rechtsnachfolge im Sinne des § 665. Mag man nämlich Pfandrecht, Niessbrauch an Rechten auf eine bedingte, beschränkte oder kooptirende Cession, auf ein Recht am Recht oder auf eine Ermächtigung zurückführen⁴⁶⁾, jedenfalls scheidet aus dem Vermögen des ursprünglich Berechtigten die Befugnis, den Vermögenswerth des Rechtes durch Einziehung zu realisiren⁴⁷⁾, aus und wird dem Pfandgläubiger, Niessbraucher als selbständige, ihm in eigenem Namen zukommende Befugnis er-

von dem letzteren auf den ersteren wird ein entsprechender Zusatz zu machen sein.

⁴⁵⁾ v. Wilmowski-Levy, 5. Aufl. zu § 665 N. 1 S. 863; L. G. Dresden v. 10. I. 1883 (Arch. f. civ. Pr. 69 S. 458 f.); L. G. Oppeln v. 1. VIII. 1888 (Zeitschr. f. d. Civproz. 15 S. 92 f.). Vgl. auch noch Oberstes Landesger. München v. 14. X. 1882 a. a. O., welches den Fall der Ueberweisung zur Einziehung von § 236 ausschliesst.

⁴⁶⁾ Vgl. über diese Theorien in Ansehung des Pfandrechts Hellwig S. 9—30, 54 ff. u. Lazarus a. a. O. S. 6—43. Ueber Pfandrecht und Niessbrauch Schuppe a. a. O. S. 253 ff. S. 269 ff. Ueber die „Ermächtigung“ Ruhstrat S. 456 ff., auch Zeitschr. f. d. Civproz. 4 S. 426, 429, 430 (Spruchpraxis bayer. Gerichte).

⁴⁷⁾ Förster-Eccius III § 192 a (S. 449).

worden⁴⁸⁾. Eine Aenderung in der Person des Trägers dieser Befugnis tritt also unter allen Umständen ein. Insoweit findet unter allen Umständen ein Wechsel des Subjekts, nicht blos ein Hinzutritt eines neuen Subjekts (etwa als Mitgläubiger) statt, insoweit liegt eine materielle Rechtsnachfolge vor. Die Ueberleitung der Vollstreckbarkeit eines Urtheils, die Umstellung der Klausel bezieht sich aber, wie oben in § 1 ausführlich dargelegt ist, nur auf denjenigen Inhalt der Urtheilsformel, welcher zur Zwangsvollstreckung Anlass giebt, mithin gerade auf die Befugnis, den Vermögenswerth des festgestellten Rechts durch Einziehung zu realisiren⁴⁹⁾. Es folgt daraus, dass die Uebertragung dieser Befugnis eine Rechtsnachfolge im Sinne des § 665 begründet und den Uebergang der Vollstreckbarkeit nach sich zieht.

Diese Lösung entspricht auch dem praktischen Bedürfnis. Wozu den Pfandgläubiger, Niessbraucher zu einer neuen, Mühe und Kosten verursachenden Klage (vgl. § 671 Abs. 1 C. P. O.) gegen den im früheren Urtheil bezeichneten Schuldner zwingen? Allerdings kann die Einziehungsbefugnis des Pfandgläubigers jederzeit in Wegfall kommen, dann nämlich, wenn er vom Pfandschuldner befriedigt wird oder auf sein Pfandrecht verzichtet (§ 742 C. P. O.). Und es würde in solchen Fällen der Pfandschuldner erst durch die Wiedererlangung der vollstreckbaren Ausfertigung (mit Rücksicht auf das Prinzip des § 669 C. P. O.) und durch die Wiederumstellung der Klausel in die Lage kommen, nunmehr seinerseits gegen seinen — verurtheilten — Schuldner mit der Exekution vorzugehen. Aehnliche Nachtheile ergeben sich aber auch bei Verpfändung

⁴⁸⁾ Jenes Ausscheiden und dieser Erwerb fallen beim Pfandrecht nicht immer zeitlich zusammen (§ 730 Abs. 1 u. § 736 Abs. 1 C. P. O.). Vgl. Kohler in Grünhut's Zeitschr. 14 S. 25.

⁴⁹⁾ Etwaige sonstige Feststellungen, welche das Recht des Verpfänders, Niessbrauchsbestellers betreffen, aber den Pfandgläubiger, Niessbraucher nichts angehen, würden von der Klauselertheilung nicht berührt, hinsichtlich ihrer würde dadurch eine Rechtsnachfolge nicht konstatirt werden.

körperlicher Sachen. Es sind dies naturgemässe Folgen der Pfandverstrickung. Auch würde unter allen Umständen der Pfandschuldner verpflichtet sein, die vor der Pfandverstrickung ihm ertheilt gewesene vollstreckbare Ausfertigung, als eine über die verpfändete Forderung vorhandene Urkunde, an den Pfandgläubiger auszuantworten⁵⁰⁾, und also in den gedachten Fällen der Pfandrechtsbeendigung erst die Rückgabe derselben, ebenso wie die Rückgabe von etwaigen anderen, für ihn zur Rechtsverfolgung unentbehrlichen Urkunden, gegen den früheren Pfandgläubiger betreiben müssen⁵¹⁾.

Endlich wird die hier vertretene Ansicht durch den mit § 665 inhaltlich korrespondirenden § 236 C. P. O. bestätigt. Wollte man hier in dem Ausdruck „Cession“ die in unseren Fällen vorliegende Uebertragung eines im Vergleich mit dem Recht eines Cessionars geringeren Rechtes nicht mitinbegriffen sehen, so würde man mit Rücksicht auf Abs. 2 des § 236 zu dem unbefriedigenden, dem Zwecke des Gesetzes offenbar widersprechenden Resultate gelangen, dass der Träger jenes geringeren Rechtes dem Prozessgegner gegenüber eine günstigere, unabhängigere prozessualische Stellung erhielte, als ein Cessionar⁵²⁾. Danach muss das Umgekehrte

⁵⁰⁾ § 737 Abs. 2 C. P. O., § 281 I 20 A. L. R. Das Erk. d. Reichsger. v. 10. IV. 1888 (Entsch. 21 S. 361 ff.) spricht dem Gläubiger, welchem eine Forderung zur Einziehung überwiesen ist, das Recht auf den Besitz der vorhandenen „vollstreckbaren“ (S. 362) Ausfertigung des die Forderung verlautbarenden Notarialaktes zu.

⁵¹⁾ Ist nur ein Theil der Forderung verpfändet etc., so dürfte, damit der Verpfänder etc. den ihm verbleibenden Theil betreiben kann, dem Pfandgläubiger, Niessbraucher vollstreckbare Theilausfertigung zu gewähren sein. Kohler im Arch. f. civ. Pr. 72 S. 24; Reichsger., Entsch. a. a. O. S. 368. Vgl. § 9 des früheren preuss. Ges. v. 4. VII. 1822 (Ges. S. S. 179).

⁵²⁾ Vgl. die zutreffenden Ausführungen in dem Erk. d. Reichsger. v. 8. II. 1888 (Entsch. 20 S. 420 ff.). Ebenso: Seuffert, zu § 236 N. 3 d (S. 304); Mandry, der civilrechtl. Inh. 3. Aufl. S. 241; Kohler in der Zeitschr. f. d. Civproz. 12 S. 119 f. N. 37; Mayer bei Gruchot 33 S. 308 N. 17; Aron in der Jurist. Zeitschr. für Elsass-Lothringen Bd. 14

richtig sein. Die fraglichen Fälle unterstehen den Vorschriften des § 236. Es ist also, wenn die Rechtsveränderung im Laufe des vom ursprünglichen Gläubiger über die Forderung geführten Prozesses sich ereignet, auch das später erwirkte Urtheil für den Pfand-, Ueberweisungsgläubiger, Niessbraucher vollstreckbar, die Ertheilung der Klausel für denselben gemäss § 665 zulässig⁵³). Dann muss aber (vgl. oben S. 46 f.) das Gleiche gelten für den Fall, dass die Rechtsveränderung erst nach Beendigung des Rechtsstreits eingetreten ist⁵⁴).

Die entwickelten Grundsätze finden entsprechende Anwendung, wenn das Verhältniss sich umdreht, d. h. wenn von dem Eigenthümer der Forderung die Einziehungsbefugnis auf einen Dritten übergeleitet wird, dieser demnächst für die Forderung in siegreichem Prozess gegen den Schuldner die Vollstreckbarkeit erstreitet, aber noch vor Durchführung der Exekution seine Einziehungsbefugnis wieder an den Eigenthümer verliert. Auch hier findet ein Uebergang der Vollstreckbarkeit auf der Aktivseite statt, nämlich von dem Dritten — dem Pfandgläubiger, Niessbraucher — auf den Eigenthümer der Forderung⁵⁵).

nach Kleinfellers Literaturbericht in der Zeitschr. f. d. Civproz. 15 S. 151. A. A.: Oberst. Landesger. München s. oben N. 34.

⁵³) So ausdrücklich Reichsger. a. a. O. 20 S. 423.

⁵⁴) So ohne Begründung auch: A. Förster, zu § 742 N. 3 (II S. 521) u. Falkmann, Zwangsvollstreckung (1888) S. 38 N. 10.

⁵⁵) Dies gilt insbesondere auch für den Fall, dass der Ueberweisungsgläubiger auf die durch Pfändung und Ueberweisung zur Einziehung erworbenen Rechte gemäss § 742 C. P. O. verzichtet. Denn hierin liegt natürlich kein Verzicht gegenüber dem Drittschuldner, nämlich auf den gegen diesen erstrittenen Prozessersfolg, sondern nur eine Wiederaufgabe des Einziehungsrechtes zu Gunsten des Vollstreckungsschuldners, des Eigenthümers der gepfändeten Forderung. Um deswillen kommt diesem jetzt die Vollstreckbarkeit des für den Ueberweisungsgläubiger lautenden Urtheils gegen den Drittschuldner zugute. Zu gleichem Ergebnis gelangt A. Förster a. a. O., aber aus dem unrichtigen Grunde, weil der Ueberweisungsgläubiger nur als Bevollmächtigter des Exequendus geklagt habe. Die Annahme eines Vollmachtsverhältnisses widerspricht dem § 740; für

B. Andere vollstreckbare Titel. Die vollstreckbaren Urkunden.

Was für das vollstreckbare Urtheil gilt, hat auch für die anderen vollstreckbaren Titel Geltung. (§ 703 C. P. O.: „entsprechende Anwendung“.)

Eine Abweichung ergibt sich nur bei der exekutorischen Urkunde des § 702⁵⁶ C. P. O. Hier beruht die Vollstreckbarkeit auf der dahin zielenden Willensübereinstimmung des Gläubigers und Schuldners, auf einem prozessualischen Vertrage. Es wird dadurch für den Gläubiger gegen den betreffenden Schuldner ein besonderes Recht, das *ius ingrediendi propria auctoritate*, wie es von der italienischen Doktrin des Mittelalters bezeichnet wurde (vgl. oben N. 1), begründet, ein Recht, welches zu der Hauptforderung, auf die es sich bezieht, ähnlich dem Rechte gegen den Bürgen und dem Pfandrechte, in accessorischem Verhältniss steht. Die ausführliche Herleitung und Darlegung dieser — bereits in der Einleitung angedeuteten — Natur der exekutorischen Urkunde soll erst bei Gelegenheit der Besprechung der Succession auf der Schuldnerseite erfolgen⁵⁶), da dort die daraus zu ziehenden Konsequenzen von besonders einschneidender Bedeutung sind. Hier ist aus der accessorischen Natur zu folgern, dass die freiwillige oder unfreiwillige Cession der Hauptforderung, die Hingabe derselben im Wege Vermächtnisses, die oben unter A 7 dargestellte Uebertragung der Einziehungsbefugnis auf einen Dritten den Uebergang jenes Nebenrechtes, also den Uebergang der Vollstreckbarkeit ohne Weiteres nach sich zieht⁵⁷). Anders steht es dagegen mit der Indossirung von

eine Umstellung der Vollstreckungsklausel ist ausserhalb der Rechtsnachfolgefälle in der C. P. O. kein Raum gegeben.

⁵⁶) Vgl. unten §§ 15 u. 16.

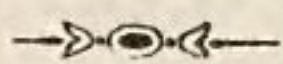
⁵⁷) Mit demselben Recht, wie den Uebergang von Bürgschafts- und Pfandrechten. Vgl. Cession: Dernburg, Pand. II § 51 Ziff. 2 N. 5 (S. 137); derselbe: Pr. Pr. II § 85 Ziff. 4 N. 14, 15; Förster-Eccius I § 99 N. 110 (S. 650). Verpfändung: Hellwig a. a. O. S. 129. Ueberweisung: v. Wilmowski-Levy, zu § 736 N. 1 (S. 953).

Order-, Tradition von Inhaberpapieren. Durch diese werden nur die Rechte aus dem Papier auf den Indossatar, Papierempfänger übergeleitet (Vgl. A. 303 H. G. B., A. 10 W. O.). Unterwirft sich also der Verpflichtete gegenüber dem zur Zeit als Gläubiger Legitimierten der sofortigen Zwangsvollstreckung in der Form des § 702⁵ C. P. O. und wird demnächst das Papier an einen Dritten indossirt, weiter begeben, so kommt diesem das nur aus dem besonderen Vertragsverhältnis zwischen Vormann und Schuldner abzuleitende, aus dem Papier nicht ersichtliche Recht, ohne vorangegangene richterliche Feststellung zur Exekution zu schreiten, kraft des blossen Indossaments, der blossen Tradition des Papiers nicht zu. Damit dies erreicht werde, muss ausdrückliche Cession jenes Rechtes hinzutreten ⁵⁸).

⁵⁸) Anders läge die Sache, wenn die exekutorische Urkunde mit der Inhaberklausel ausgestellt, die fragliche Unterwerfungserklärung an den Inhaber gerichtet wäre. Das altfranzösische Recht kannte solche Urkunden. Vgl. Rebuffus (citirt oben § 3 N. 7) zu art. 1 gloss. 9 num. 33 (p. 49), die bei Kohler in der Zeitschr. der Savigny-Stiftg. a. a. O. (oben § 2 N. 4) S. 135 citirten Coutumes, dazu art. 250 der cout. de Blois. Auch vom Standpunkt des deutschen Reichsrechts (§ 702⁵ cit.) dürften solche Urkunden rechtlich zulässig sein. Die praktische Gestaltung liesse sich vielleicht der Art denken, dass der Schuldner vor der Emission der Inhaberpapiere in einem gerichtlichen oder notariellen Akt gemäss § 702⁵ sich gegenüber allen Papierinhabern der sofortigen Exekution unterwirft, dass ein Hinweis darauf unter Nennung des betr. Gerichts, Notars in den Text eines jeden emittirten Papiers aufgenommen und so dem jeweiligen, durch die Innehabung des Papiers legitimierten Gläubiger ermöglicht wird, von dem betr. Gericht, Notar eine vollstreckbare Ausfertigung zu erwirken.

Thesen.

1. Die vollstreckbaren Vergleiche unterstehen nicht den Sondervorschriften des § 705 Civilprozessordnung, sondern lediglich den gemäss § 703 entsprechend anzuwendenden Bestimmungen der §§ 662—701 a. a. O.
2. In Preussen sind die Beamten der evangelischen kirchenregimentlichen Behörden keine Staatsbeamten.
3. Das zur Deckung einer vorher übernommenen Lieferung abgeschlossene Anschaffungsgeschäft ist kein objektives Handelsgeschäft im Sinne des Art. 271 Ziffer 1 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches.




~~~~~  
Druck von Otto Hilliger in Altwasser.  
~~~~~




Schultze, Alfred

Die Vollstreckbarkeit der Schuldtitel für und gegen die Rechtsnachfolger I.
Theil: die allgemeine Rechtsnachfolge ; II. Theil, 1. Abschnitt: die
Sondernachfolge auf der Gläubigerseite

Breslau 1891

J.pract. 273 epb

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11634292-1